Einzelpreis 15 Pf. Halle, Dienstag, den 25. November 1919. 30. Jahrgang • Nr. 276

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 1611.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Neuer Konflikt in Mitteldeutschland.

Belagerungszustand und drohender Generalstreik im Industriebezirk Bitterfeld, weil die Arbeiter — arbeiten wollten! Eine ungeheuerliche Herausforderung der Arbeiterschaft.

W. T. B., 24. Nov. Unter Berufung auf ihre Arbeitswilligkeit verlangten Vertreter der Arbeiterschaft des Anilinwerkes in Wolfen bei Bitterfeld, daß am Bußtag, einem gesetzlichen Feiertag, der Betrieb weitergeführt werden solle. Die Werkleitung konnte dies mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe nicht gestatten. Darauf drang eine vielhundertköpfige Menge in das befriedigte Bestätigung des Direktors und zwang diesen unter Drohungen, die Arbeitsstätten freizugeben. Das Ermittlungsverfahren gegen die Hauptbeteiligten ist im Gange. Zur Unterstützung der Zivilbehörden bei Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit und Ordnung haben jetzt Truppen der Reichswehrbrigade 16 (Freiwilligen-Landesjägerkorps) Wolfen besetzen müssen. In ähnlichen Ausschreitungen wie in Wolfen ist es später im Werk Elektron I bei Bitterfeld gekommen.

Die Belegschaft des Anilinwerkes Wolfen trat nach dem Einrücken der Truppen in den Streik, indem sie deren Zurückziehung und die Aufhebung des gerichtlichen Haftbefehls gegen den vorigen Rädelsführer Haar erhob. Ohne jeden Grund trat jetzt auch die Belegschaft des Werkes Elektron I westlich Bitterfeld, auf dem ein Teil der Lichtversorgung Berlins beruht, in Streik, mit dem sie schon seit mehreren Tagen gedroht hatte. Dadurch ergibt sich die Gefahr des Erlaufens der Grube und die schwere Behrdung der Kraftlieferung an die Reichshauptstadt. Unter diesen Umständen faß sich der Militärbefehlshaber genötigt, den Ausnahmezustand über den Kreis Bitterfeld zu verhängen, wenn er bereits unter dem 21. November durch den Reichspräsidenten und den Reichswehrminister ermächtigt worden war.

Ueber Nacht ist die Gefahr eines gefährlichen Kampfes am wirtschaftlichen Horizont aufgetaucht! Und der Anlaß zu dieser Gefahr ist derart, daß selbst die größten Verleumder der Arbeiterschaft nicht mehr die Lüge in die Welt posaunen können, es sei die Arbeitsunlust der Arbeiter, die Streik und Belagerungszustand über eins der wichtigsten Industriebezirke Deutschlands gebracht! Nein, der Wille der Arbeiter, am ehemaligen Bußtage zu arbeiten, da es wahrlich nicht einzusehen ist, warum wegen dieser veralteten religiösen Einrichtung ein Tagesverdienst den Schaffenden entgehen soll, diesen Willen nahm man heimtückisch zum Anlaß, dem Proletariat die Faust zu zeigen. Niemals seit der Revolution ist unverhüllter der brutale reaktionäre Machtdünkel der jetzt regierenden monarchistischen Clique zum Ausdruck gekommen.

In Berlin bläst Scheidemann Friedensschalmeien! Dieser politische Schauspieler, der Angst hat, den Anschluß zu verlieren, gefällt sich in der Rolle des Einigungsapostels. Seine Parteifreunde Ebert und Noske aber greifen mit brutaler Faust hinein in die holden Träume und geben am 21. November bereits die Ermächtigung zur Vollziehung des Belagerungszustandes über Bitterfeld. Welche Propheten! Schon mehrere Tage, bevor überhaupt an irgendeine Bewegung dort zu denken war, ahnen diese beiden Herren, daß „Ausschreitungen" vorkommen. Welcher Grund steckt denn nun wirklich hinter diesen Maßregeln! Niemand wird so dumm sein, zu glauben, daß die völlig harmlosen Vorgänge in Wolfen, über die wir weiter unten noch einen Bericht bringen, den Belagerungszustand rechtfertigen. O nein, hier liegt anderes vor: Im Kilianprozeß fiel das Wort: Der hallische Bezirk ist das blutrote Herz Deutschlands! Dieses Herz schlägt gewissen Herren zu kräftig und — zu ruhig, deshalb lauern sie schon seit einer ganzen Zeit darauf, hier ihre Faust zeigen zu können. Noske lauerte schon lange auf eine Gelegenheit, das rote Mitteldeutschland mit seinen Gewaltmitteln niederzuschlagen. Dem Betriebsrat der Reichsstickstoffwerke in Wittenberg erklärte er gelegentlich einer kürzlich stattgefundenen Besprechung:

„In Wittenberg und Bitterfeld scheint so eine ganz besondere Sorte von Revolutionären zu stecken! Ich werde in Kürze diesen beiden Kreisen meine ganz besondere Aufmerksamkeit schenken!

Also ein längst geplanter Schlag!

Die gestern von uns gebrachte Mitteilung, daß die Baltischen Räuberhorden Awalow-Vermonts Mitteldeutschland besetzen sollen, ist bisher nicht widerlegt worden. Sie ist also schreckliche Wahrheit und ein klarer Beweis, daß man hier einen Kampf vom Zaun brechen will. Und der Bitterfelder Bezirk liegt so nahe vor Halles Toren, daß in revolutionären Gemütern die Hoffnung aufkeimen kann, auch — endlich — die „rote Pest" in Halle zu vernichten!

Aber es soll ihnen nicht gelingen! Die Arbeiterschaft des Industriebezirkes Bitterfeld wird sich ihrer Aufgabe bewußt sein und wird bei allen, wenn auch noch so schwerwiegenden Entschlüssen eiserne Selbstdisziplin halten. Sie wird den Nosketen nicht den erwünschten Anlaß geben, ein Blutbad anzurichten.

Gestern mittag sind die Vertrauensleute der chemischen Industrie und des Bergbaues im Bitterfelder Revier zusammengekommen und haben ein

Ultimatum

gestellt: Wenn bis Dienstag früh 10 Uhr Genosse Haar, der Vorsitzende des Betriebsrates der Anilinfabrik Wolfen, nicht außer Verfolgung gesetzt ist, und ferner bis zum selben Termin nicht den Truppen Abmarschbefehl gegeben wird, so tritt die gesamte Arbeiterschaft des Bitterfelder Bezirks in den

Generalstreik!

Wir stehen vor ernsten Ereignissen. Wir rufen der mitteldeutschen Arbeiterschaft zu, sich der Lage bewußt zu sein. Jetzt heißt es:

Ruhige Entschlossenheit! Brüderliche Solidarität! Unbeugsamer Wille!

•

Während die bürgerliche Lügenpresse bereits von großen „Ausschreitungen" in Wolfen und Bitterfeld zu melden weiß, und während W. T. B. von einem „Rädelsführer" Haar erzählt, sind wir in der Lage, einen authentischen Bericht über die Bußtagsvorgänge in der Anilinfabrik zu bringen, der da zeigt, daß alles, was geschwafelt wird, bewußte Entstellung der Tatsache ist. Aus Wolfen wird uns geschrieben:

„Bekanntlich wird von Regierung und Großkapital dauernd darauf hingewiesen, daß die Produktion erhöht werden müsse. Man erbedt ein großes Geschrei, wenn hier oder dort das entrechtete Proletariat sich sträubt, in das Joch des Unternehmertums, welches bei der Regierung den weitesten Schutz findet, zurückzukehren. Die Volkswirtschaft leide darunter, wenn auch nur eine Stunde von der Arbeiterschaft die Arbeit eingestellt werde. Noske gibt bekannt, daß jeder, der einen Arbeitswilligen hindert, seine Tätigkeit auszuüben, mit den härtesten Freiheitsstrafen belegt wird. Nur intensive Arbeit könne uns aus dieser Misere erretten, denn alle Betriebe seien volkswirtschaftlich wichtig. Das, was im Inlande nicht benötigt wird, dient zur Herschaffung von Lebensmitteln im Export-Tauschhandel. So ungefähr lauteten auch die Ausführungen des von der Fabrikleitung der Anilinfabrik Wolfen seinerzeit herbeigerufenen Regierungsvertreters Herrn Lüdemann aus dem Arbeitsministerium und des Unterstaatssekretärs Peters. Es wäre nun wohl anzunehmen, daß die Regierung auch Sorge dafür trägt, daß der arbeitenden Klasse das ihr zustehende Recht auf Arbeit nachdrücklich gewahrt wird; dem ist jedoch nicht so!

Die bereits auf das Erfurter Programm eingeschworenen jetzigen Regierungsmitglieder haben nämlich bestimmt: Arbeitsruhe für den kirchlichen Bußtag. Bußtag! Gewiß, er ist angebracht; nicht aber für das arbeitende Volk, sondern für Verräter an der Sache der Arbeiterschaft, für die herrschende Klasse von früher und jetzt, für die großkapitalistischen Unternehmer, welche über Berge von Leichen und durch Ströme von Blut, sowie bittere Tränen von Millionen von Waisen und Witwen gewatet sind, um sich die Macht zu erbalten und um ihren Geldsack zu füllen. Für alle diese ist der Bußtag nötig, obwohl selbst durch eine tägliche, selbst durch eine wirklich aufrichtige Buße ihre Schuld nicht getilgt werden könnte. Aber trotz der so häufig von der Regierung betonten Notwendigkeit, zu produzieren, wird der kirchliche Bußtag durch Arbeitsruhe gefeiert. Wenn ein Arbeiter einen einzigen seiner Arbeitskollegen am Arbeiten hindert, wird er mit Freiheitsstrafen belegt, wenn aber die Regierung die gesamte Arbeiterschaft zur Untätigkeit verurteilt und hierdurch die Notlage noch vergrößert durch den Lohnausfall, welcher der Arbeiterschaft entsteht, so geschieht das von Rechts wegen.

Die Belegschaft der Anilinfabrik Wolfen hatte die von ihr berufene Arbeitervertretung beauftragt, bei der Direktion darauf hinzuwirken, daß am Bußtag unter Berücksichtigung der außerordentlichen Notlage der Belegschaft gearbeitet werde. Dieser Antrag wurde unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen abgelehnt. Nach ungefähr halbstündiger Verhandlung zwischen Direktion und Betriebsrat war das Ergebnis gleich Null; von 22 Punkten, welche auf der Tagesordnung standen, wurden 8 bewilligt, die übrigen alle abgelehnt. Die Belegschaft trat vollzählig am Mittwochfrüh zur Arbeit an und fand sämtliche Werkstätten verschlossen; nur in einzelnen Betrieben, welche Sonntags nicht abzustellen sind, wurde gearbeitet. Die vor den verschlossenen Werkstätten stehende Arbeiterschaft sammelte sich im Speisesaal, und dort nah Kollege Haar Bericht von dem negativen Ergebnis der Verhandlung am Tage vorher. Die Wogen der Erregung gingen ziemlich hoch, und es bedurfte der größten Umsicht des Betriebsrates, um die Belegschaft vor unbedachten Schritten zu bewahren. Es wurde jedoch beschlossen, eine Demonstration vor der Villa des Direktors Dr. Erlenbach zu veranstalten, da es der Belegschaft wohl bekannt ist, daß er speziell die treibende reaktionäre Kraft im Werke ist. In geordneten Reihen zogen 4000 Arbeiter durch die Hauptstraße des Werkes und nahmen vor der Villa Aufstellung. Die Menge war in äußerst erregter Stimmung und forderte, Dr. Erlenbach solle entweder die Werkstätten öffnen oder den Tag bezahlen. Eine dreigliedrige Kommission verhandelte in diesem Sinne mit Dr. Erlenbach und forderte ihn auf, das Resultat, welches wiederum ein negatives war, der Belegschaft selbst bekanntzugeben. Bei seinem Erscheinen wurde ihm sein Sündenregister von der Belegschaft gründlich vorgelesen. Nach langem hartnäckigen, Sträuben endlich, als die Haltung der Demonstranten eine immer erregtere wurde, sagte er die Oeffnung der Werkstätten und die Bezahlung des Tages zu.

Da der Direktor bei den Verhandlungen erklärt hatte, daß für alles, was geschehen sei und noch geschehen würde, unser Obmann Haar verantwortlich gemacht werde, und er sich weitere Maßnahmen vorbehalte, so forderten die Demonstranten die Zusage, daß gegen den Obmann sowie gegen den Betriebsrat nichts unternommen werde. Auch diese Zusage wurde von Dr. Erlenbach gegeben. Besonders erfreulich und ein Zeugnis für die Disziplin der Belegschaft ist der Umstand, daß nichts beschädigt wurde."

So also hat dieser Direktor seine Zusagen gehalten! Kaum waren die Demonstranten fort, ist er ans Telephon gelaufen: „Noske hilf! Truppen her! Und Noske, der schon lange auf Bitterfeld einen Piek hatte, besonders wegen der Vorgänge auf Grube Leopold, wo die Arbeiterschaft einen vollen Erfolg errang, er entsandte seine getreuen Landesjäger, die mit Kanonen, Maschinengewehren und — Panzerzug über Wolfen kamen, drei Tage nach dem Vorfall, als kaum noch ein Mensch daran dachte. Also, wenn ein Generaldirektor um Hilfe schreit, dann muß der Wirtschaftsfriede in einem wichtigen Industriebezirk aufs Spiel gesetzt werden. Selbst die Vossische Zeitung muß zugeben, daß in Bitterfeld und Umgebung „alles ruhig" ist. Wir protestieren gegen solch leichtfertiges Handeln! Die Arbeiterschaft lehnt jede Verantwortung für die Vorgänge ab, die als Folge einer derartigen Politik sich abspielen werden.

•

Die offiziöse Darstellung der Militaristen.

In einer Pressekonferenz, die heute morgen in Halle stattfand, gaben Vertreter der Reichswehrbrigade 16 eine offiziöse Darstellung der Vorgänge. Danach sei die Ruhe im Bitterfelder Bezirk schon „seit einigen Wochen, gestört gewesen. Die Vorgänge auf Grube Leopold und in Zschornewitz seien der „Auftakt" gewesen. Die Reichsregierung könne sich auf die Dauer diese Störungen nicht mehr gefallen lassen! Im Falle Wolfen liege Nötigung, ja sogar Erpressung vor! Aehnliches sei in Elektron vorgekommen, wo die Arbeiter ebenfalls vor das Haus des Direktors gekommen seien. Die Besetzung sei nötig gewesen, weil sonst die Verhaftung Haars nicht ruhig vor sich gegangen wäre.

Ferner wurde mitgeteilt, daß Genosse Haar nicht verhaftet werden konnte, da er nicht aufzufinden war. Die Notstandsarbeiten auf Agfa und Elektron werden von der Arbeiterschaft ausgeführt. Die Militärbefehlshaber haben in Bitterfeld eine unerhörte Bekanntmachung erlassen, aus der wir folgendes hervorheben:

„Veranlaßt durch Gewalttätigkeiten, (?) die die Arbeiterschaft der Anilinwerke Wolfen am 18. und 19. dieses Monats gegen die Werksleitung begangen hat, hat die Reichsregierung Generalmajor Maerker damit beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um Gesetz und Recht wieder Achtung zu verschaffen. Gegen diejenigen, die sich strafbar gemacht haben, werden gerichtliche Haftbefehle zur Durchführung gebracht. Der Fall von Wolfen ist der letzte in einer Reihe von Gesetzwidrigkeiten und vom Zaune gebrochenen Arbeitseinstellungen im Kreise Bitterfeld, durch die das Wirtschaftsleben schwer geschädigt wurde und die die Reichsregierung sich nicht weiter bieten lassen konnte. — Vor allem warne ich vor Anzettelung von Streiks, die unsere ohnehin so schlechte Wirtschaftslage nur noch mehr erschüttern würden."

„Ich warne vor Anzettelung von Streiks!" Da müssen die Herren die Bevölkerung vor dem Noske-Kommando warnen, daß jetzt ein Generalstreik droht! In Bitterfeld herrscht eine Schreckensherrschaft. Der Vertrieb und Druck kommunistischer Schriften ist verboten!

Die Matrosenabschlachtung in Berlin.

Furchtbare Anklage gegen Oberst Reinhard.

Als wir vor einigen Wochen mitteilten, daß gegen den Oberleutnant Marloh, der die 32 Matrosen in der Französischen Straße erschießen ließ, Anklage erhoben worden sei, machten wir darauf aufmerksam, daß die Anklage ähnlich wie bei den Münchner Gesellenmördern nur auf Totschlag laute. Diese Formulierung gewinnt eine eigenartige Bedeutung durch neue Enthüllungen, die Maximilian Harden über den Hergang der Erschießung macht. Harden wirft dem Oberst Reinhard vor, die Ermordung der Matrosen veranlaßt zu haben. Marloh ist ein geistig minderwertiger Mensch und starker Alkoholiker; er leidet an Nervenzuckungen und Bewußtseinstrübung. Diesen soll Reinhard durch wiederholte Aufforderungen, alles zu erschießen, „was er irgendwie erschießen könne", und den ständigen Hinweis auf den Noskeschen Blutbefehl zu dem entsetzlichen Verbrechen veranlaßt haben. Die kaltblütige Abschlachtung der 32 Matrosen ist besonders dadurch so scheußlich, daß die Angehörigen der Volksmarinedivision nicht etwa „mit Waffen in der Hand, gegen Regierungstruppen kämpfend", angetroffen wurden, sondern ahnungslos zum „Löhnungsappell" in die Französische Straße gelockt worden waren. Sogar der reizbare Marrastheniker Marloh weigerte sich zunächst, den Befehl auszuführen und erklärte den Befehlsüberbringer für verrückt. Erst nach Stunden entschloß er sich dazu, weil er befürchtete, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Schaudererregende Einzelheiten der Erschießung erinnern wiederum an Vorgänge beim Münchner Gesellenmord. Der Wortlaut der Reinhardschen Befehle ist so fürchterlich und allen menschlichen Gefühls spottend, daß wir erst eine Aeußerung Reinhards abwarten wollen, ehe wir den ausführlichen Bericht bringen. Er kann die ungeheuerliche Anklage Hardens unmöglich stillschweigend übergehen. Bekanntlich ist Reinhard,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191125-12/fragment/page=0001

der Liebling Noskes, noch immer im Dienst und führte in den letzten Tagen Hindenburg die Ehrenkompagnie vor! Daher wird auch Noske zu der neuesten Charakterisierung seines Freundes Stellung nehmen müssen, weil Reinhard, wenn die Beschuldigungen zutreffen, dann sogar für die Sozialverräter in seinem Amte unmöglich geworden sein dürfte.

Denkbar ist es schon, daß die Anklage zutreffend ist, hat doch Reinhard erst neulich einem Ausfrager der Weltbühne gegenüber die Bezeichnung „deutscher Gallifet" nicht abgelehnt, indem er auf sein forsches Vorgehen in Oberschlesien hinwies, wo er die „Haupträdelsführer" kurzerhand an die Wand stellen ließ.

•

Es ist bezeichnend für die im „freiesten Staate der Welt" herrschenden Rechtszustände, daß ein Mann, der unter so furchtbarem Verdachte steht, wie der Oberst Reinhard, nicht nur seine hohe militärische Stellung weiter bekleiden kann, sondern da er vor kurzem sogar noch zum Generalmajor befördert werden konnte. Bis jetzt fehlt noch jede amtliche Auslassung zu den Hardenschen Anklagen, und auch die bürgerliche Presse behandelt sie meist nur so obenhin mit wenigen Zeilen. Eine rühmliche Ausnahme macht einzig die demokratische Berliner Volkszeitung. Sie schreibt:

„Wir drückten seiner zeit unser Erstaunen über die Formulierung der Anklage aus, da nichts über die Ergebnisse der Voruntersuchung bekannt geworden war, die nach der Anklage ergeben haben muß, daß Marloh die Tötung der Unschuldigen auf höheren Befehl veranlaßt hatte. Unsere Forderung nach einer Aufhellung des über der grauenvollen Tat liegenden Dunkels blieb bis heute unbeachtet. Die Aufklärung kommt dafür jetzt von anderer Seite. Aber sie kommt mit so furchtbaren neuen Anklagen, daß wir wünschen, die Tatsachen möchten nicht alles bestätigen, was an neuer Schurkereinundneuem Volksbetrug aufgedeckt worden ist. Denn wenn sich alle Einzelheiten in ihrer ganzen Niedrigkeit bewahrheiten würden, dann wäre so viel auszukehren, daß die vorhandenen Besen sich als zu schwach erweisen müßten."

Die Volkszeitung gibt dann die Anklagen wieder, nennt die Mitteilung über das Stattfinden der Hauptverhandlung einen Hohn auf die famose Voruntersuchung und erhebt schließlich folgende Forderung:

„Die Regierung muß noch heute dafür sorgen, daß die Verhandlung des Matrosenmordes auf Grund des offenbar gefälschten Tatsachenberichts vereitelt wird, wenn ihr selbst an einer Klarstellung und vollen Sühnung des furchtbaren Verbrechens gelegen ist!"

Die Regierung dürfte sich mit der Erfüllung dieser selbstverständlichen Forderungen kaum sehr beeilen. Denn Ebert und Noske ist, wie die Freiheit mitteilt, schon vor längerer Zeit, einige Wochen vor Erhebung der Anklage gegen Marloh, ausführlich Bericht erstattet worden, daß

die Ermordung der Matrosen im Einverständnis und auf Befehl der Vorgesetzten erfolgt ist.

Trotzdem haben sie — anscheinend auch im „Staatsinteresse" nichts unternommen, um die Hauptschuldigen auf die Anklagebank zu bringen.

•

Der Prozeß Marloh. In der Untersuchungssache gegen den Oberleutnant Marloh wegen Totschlags (Erschießung von Angehörigen der Volksmarine-Division in der Französischen Straße 32 am 11. März 1919) findet die Hauptverhandlung vor dem Kriegsgericht der Reichswehrbrigade III am Mittwoch, den 3. Dezember 1919 im großen Schwurgerichtssaal des Landgerichts III, Berlin, Turmstraße 91 (Neues Kriminalgericht, Sitzungssaal 664), statt.

•

Die deutschen Generale.

Unter dieser Ueberschrift entwirft die Basler Nationalzeitung, ein bürgerlich-demokratisches Blatt, ein anschauliches Bild des heutigen Deutschland, mit seiner immer schamloser auftrumpfenden Reaktion und seiner kraft- und ziellos hin und her schwankenden Regierung. Das Auftreten Hindenburgs und Ludendorffs ist ein Beweis, daß die monarchistische Konterrevolution in Deutschland auf dem Marsche ist. Nicht minder bedeutungsvoll ist das provokatorische Auftreten des Obersten Reinhard, der im offiziösen Organ der Regierung zwar preisgegeben, aber dennoch im Amte gelassen wird. Eine solche Regierung habe natürlich den letzten Rest von Ansehen eingebüßt.

„Die Wahrheit ist eben diese, daß nicht Ebert den Obersten Reinhard, sondern der Oberst Reinhard den Präsidenten Ebert in seinem Amte beläßt. Wie lange ihm dies noch belieben wird, das hängt ausschließlich von Ludendorff und den Ludendorffs ab."

Recht bezeichnend dafür, in wie ungeheurem Maße das Auftreten der Kaisertreuen Deutschland im Auslande schädigt, ist die Tatsache, daß die Basler Nationalzeitung, die fortgesetzt den Gewaltfrieden von Versailles bekämpft hat, nun erklärt, es sei zwar ein politischer Fehler, aber psychologisch durchaus verständlich, wenn die Entente Deutschland, dieses Deutschland der Uniformen, Junker und Generalstäbe, „recht fest an die Kette legt".

„Würden die Regierung und ihre Parteien offen die Stärke der Reaktion anerkennen, jedoch ihr mit Festigkeit begegnen, so würde die Welt sehen, daß neben den Militaristen doch auch ein bürgerliches und freiheitliches Deutschland existiere und sie könnte erwarten, daß dieses allmählich stärker würde und das Hindenburg-Deutschland verdrängte. Durch die heuchlerische Halbheit und Feigheit, mit der die Regierung jedoch vor Hindenburg und dem Militarismus den Kopf in den Sand steckt, muß der Glaube bestärkt werden, daß es, genau so wie während des Krieges, nur ein einziges Deutschland gibt, das allerdings zwei Methoden anwendet: eine der Gewalt und eine andere eines verlogenen fortschrittlichen Geistes."

Dies ist in der Tat der Punkt, an dem die Regierung und ihre Parteien ihre völlige Unfähigkeit, ihren völligen Bankerott offenbaren. Der Rummel der Generale und ihrer Hintermänner gewinnt nur deshalb eine erhöhte politische Bedeutung, weil in seinem Lichte Deutschland als scheindemokratisches, scheinfreiheitliches, scheinrepublikanisches Land erscheint, beherrscht von einer Regierungsmehrheit, die in den Bahnen des alten Regimes fortwandelt und die in ihrer Angst vor den schöpferischen Kräften des Proletariats selber der monarchistischen Gegenrevolution den Weg geebnet hat.

Was sich Ludendorff herausnimmt.

Ausgerechnet der Ludendorff hat gestern die Stirn gehabt, in einer deutschnationalen Versammlung eine Gedenkrede auf die Gefallenen zu halten. Er verstieg sich — ein Zeichen der Zeit — zu folgender Frechheit: „Ich bin hierher gekommen, um den Toten zu danken. Ich weiß mich hierin eins mit den früheren Heerführern, mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem einen deutschen Mann, der in heißer Vaterlandsliebe dem Geschwätz des Feindes nachgab, um für Deutschland einen günstigeren Frieden zu erringen, und der jetzt fern von uns weilt!"

Herr Ludendorff weilte bereits auch einmal „fern von uns", wie sein allerhöchster Gebieter. Das war in den Novembertagen, als dem Helden der Aufenthalt in Schweden aus persönlicher Vorsicht angebracht erschien.

Der Machtwahn.

Von Alfred Braunthal.

Die Rechtssozialisten haben der Reaktion den Weg geebnet, mehr noch, ihr die Waffen in die Hand gedrückt, indem sie ihr den Militär- und Verwaltungsapparat wieder in die Hände gespielt haben. Jetzt wird ihnen vor den Geistern, die sie riefen, ein wenig bange und sie sehen sich vorsichtig nach links um Hilfe um. Ja, sie waren keck genug, in den Versammlungen, die sie am 16. November zur Abwehr der Reaktion in Berlin abhielten, den Unabhängigen vorzuwerfen, daß sie sie in ihrem „Kampfe" gegen die Reaktion nicht genügend unterstützten. Daß die Unabhängigen es gewesen sind, die, vor allem in der Freiheit, Tag für Tag auf die Gefahren, die von rechts drohen, hingewiesen haben, die einzigen, die z. B. die Drahtzieher des baltischen Abenteuers erkannt, ihre Absichten durchschaut und einen ununterbrochenen Kampf gegen sie geführt haben, wird dabei geflissentlich übersehen. Wir dürfen darüber Genugtuung, aber nicht Schadenfreude empfinden. Was nützt es uns, wenn wir mit unseren unaufhörlichen ungehört verhallenden Warnrufen vor der Reaktion Recht behalten sollten, da wir, da die Arbeiter es doch sind, die die Suppe, die ihnen von den Rechtssozialisten eingebrockt wurde, auslöffeln müßten?

Es ist nur natürlich, daß die Rechtssozialisten gegenüber der wachsenden, immer kühner ihr Haupt erhebenden Reaktion, die sie in ihrer Macht zu bedrohen oder vielmehr ihrer Scheinmacht zu entkleiden droht, nun den Anschluß nach links in Erwägung ziehen und daß heute wieder viel von Einigung gesprochen wird. So berechtigt die Abneigung aller klassenbewußten Arbeiter dagegen ist, mit Leuten, die die Interessen des Proletariats im Stich gelassen, ja systematisch verraten und verkauft haben, auch nur an den Verhandlungstisch zu setzen, so erfordert es doch gerade die Interessen des Proletariats, im gegebenen Fall alle diese seelischen Hemmnisse zu überwinden. Denn daß die Sache des Proletariats durch die Einigung auf der von uns aufgestellten Grundlage unendlich gefördert würde, ja daß die schließliche Einigung überhaupt die Voraussetzung für eine entscheidende Vorwärtsentwicklung der Revolution, die einzige Möglichkeit, zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus zu kommen, ist, muß jedem klar sein, der die Kräfteverhältnisse richtig abzuschätzen vermag, der weiß, welche ungeheuren Widerstände das Proletariat auf seinem Wege zum Sozialismus zu überwinden hat. Die Einigung ist und bleibt für das Proletariat eine Lebensfrage.

Da wir uns klar und deutlich darüber ausgesprochen haben, welche Voraussetzungen bei den Rechtssozialisten erfüllt sein müssen, damit über diese Frage überhaupt in eine Diskussion eingegangen wird, erübrigt sich heute noch die Diskussion darüber. Dennoch dürfen wir nicht unterlassen zu untersuchen, welche Hemmnisse auf der anderen Seite zu überwinden sind.

Am 9. November 1918 hat das Proletariat in Deutschland vorübergehend die Macht erobert. Die ganze Regierungsgewalt lag in den Händen von Beauftragten des Proletariats. Da aber die Rechtssozialisten vor den Konsequenzen der Revolution zurückschreckten, da ihnen vor der Energie, mit der das Proletariat den kraftvollen Widerstand der Bourgeoisie zu brechen entschlossen war, und vor den Erschütterungen des wirtschaftlichen und des ganzen gesellschaftlichen Lebens, die damit notwendigerweise verbunden waren, bangte, wichen sie vor der Bourgeoisie zurück und warfen in ihrem Dienst und mit ihrem Machtapparat die revolutionären Bewegungen des Proletariats nieder. Als die Grundzüge dieser revolutionären Entwicklung der Dinge sichtbar wurden, zogen die unabhängigen Mitglieder der Regierung natürlich sofort die Konsequenz daraus und traten aus der Regierung aus. Die Mehrheitssozialisten blieben aber weiter an der Spitze der Regierung, die auf Grund des Ergebnisses der Wahlen in die Nationalversammlung zu einer Koalitionsregierung umgebildet wurde.

Warum blieben die Rechtssozialisten in der Regierung und warum sind sie bis heute noch darin geblieben? Warum haben nicht auch sie die Konsequenzen aus der Umwälzung der Machtverhältnisse gezogen? Es kann ihnen doch nicht verborgen geblieben sein, daß, wie die Machtverhältnisse heute liegen, proletarische Politik nicht in der Regierung, sondern nur gegen die Regierung gemacht werden kann. Es kann doch nicht zweifelhaft sein, daß der ganze bureaukratische und Militärapparat, den nicht die Regierung, sondern der die Regierung in den Händen hat, niemals als Werkzeug für, sondern nur gegen die Interessen des Proletariats brauchbar ist. Und in der Tat richten sich ja auch die Mittel, mit denen die Regierung heute noch ihre Herrschaft aufrechterhält — der Belagerungszustand, die Zensur, die Schutzhaft usw. — in ihrer Endwirkung durchweg gegen das Proletariat. Sie sind der letzte, verzweifelte Versuch der alten Gesellschaft, dem Ansturm des Proletariats Dämme gegen sie zu setzen. Daß die alte Gesellschaft mit diesen terroristischen Mitteln kämpft, kann man noch begreifen, da es ihr ans Leben geht. Es ist eben ein Kampf hart auf hart. Was aber haben Leute, die sich Sozialdemokraten nennen, in einer solchen Regierung zu tun? Wir müssen uns darüber Rechenschaft geben, um so mehr als wir uns nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß diese Leute nicht bloße Strohmänner sind, sondern noch von einer nicht zu unterschätzenden Schicht des Proletariats gestützt werden.

Ich glaube, daß diese merkwürdige Erscheinung, daß an der Spitze einer Regierung, die planmäßig die Niederwerfung des Proletariats ins Werk setzt, Vertreter der Arbeiterschaft stehen, nur so erklärt werden kann, daß sowohl diese Vertreter als die Teile der Arbeiterschaft, die sie vertreten, sich von einem Wahne blenden lassen, einer Art von Machtrausch. Es ist sein jeher die hervorstechendste, aber beschämendste Charaktereigenschaft des Deutschen, die unserm Volke schon soviel Unheil gebracht und die furchtbare Lage, in der es sich jetzt befindet, mitverschuldet hat, sich von der Macht imponieren und blenden zu lassen, sowohl von der Macht, die über ihn gesetzt ist und der er sich blind ergibt und vertraut, als auch von der Macht, die sich in seinen Händen befindet oder die er in seinen Händen glaubt. Daß sich an der Spitze der Regierung, ja auf dem Präsidentenstuhle, dem Symbol der höchsten Macht der souveränen Staatsgewalt, Sozialdemokraten befinden, erfüllt die Leute dieses Schlages im rechtssozialistischen Lager mit ehrfürchtigen Schauern und wiegt sie in den Wahn, daß damit auch die tatsächliche Macht im Staate in ihren Händen sei. Sie sehen nicht oder übersehen geflissentlich, daß sie diese Staatsmacht nur in dem Grade und auf die Art und Weise ausüben können, wie es den Inhabern der Macht im Staate, der Bourgeoisie gefällt, die mit Hilfe der Bureaukratie und des Militarismus den Staat heute noch genau so beherrscht wie vor dem 9. November 1918. Sie sehen nicht, daß der Bourgeoisie die Teilnahme von „Sozialisten" an der Regierung nur deshalb willkommen ist, weil sie ihr die Opposition des Teiles des Proletariats, der sich vom Machtwahn noch blenden läßt, vom Leibe hält und die des klassenbewußten Teils des Proletariats erschwert. Die Bourgeoisie kann sich den Luxus dieser Regierung leisten, weil schließlich ja doch nur das geschieht, was in ihrem Interesse liegt.

In der Tat, die Koalition, auf Grund deren die Regierung gebildet ist, legt nur den Sozialdemokraten Opfer auf, sie zwingt sie, Schritt für Schritt vor den Interessen der Bourgeoisie zurückzuweichen, eine Politik zu verfolgen, die nicht nur nicht sozialistisch ist (damit haben sie sich ja sehr schnell abgefunden und ihren „Sozialismus" vorläufig zugunsten von „Ruhe und Ordnung" zurückgestellt), sondern geradezu arbeiterfeindlich. Ein Schulbeispiel dafür ist das Werden des Betriebsrätegesetzes. Wie kann es eine Arbeiterpartei verantworten, in einer Regierung zu bleiben, die ihren sehr zahmen Gesetzentwurf in ein ausgesprochen arbeiterfeindliches Gesetz sich verwandeln sieht, für dessen Durchführung sie zu sorgen haben wird? Man muß schon ganz vom Nimbus der Macht verblendet sein, um nicht einzusehen, daß in einem Staate, in dem die ganze Gewalt in den Händen der Bourgeoisie liegt, eine Arbeiterpartei in der Regierung nichts zu suchen hat, daß ihr der Anteil an der Regierungsgewalt nichts nützen, sondern nur schaden kann, weil sie dadurch gehindert wird, in Opposition zu diesem kapitalistischen Staat zu treten und den Kampf gegen den Kapitalismus erfolgreich durchzuführen.

Aber die Verblendung ist nicht unheilbar. Die Vorgänge der letzten Zeit, da die Reaktion unverblümt der Regierung zu verstehen gegeben hat, daß sie eigentlich den Machtapparat in Händen hat und ihn die Regierung nur soweit spielen läßt, als es ihr paßt, müssen auch den Blindsten sehend machen. Wir haben unsere Politik darauf einzustellen, diesen Heilungsprozeß zu fördern. Ist er vollkommen gelungen — und es ist dies nur eine Frage der Zeit —, dann werden die Voraussetzungen für eine Einigung des Proletariats gegeben sein.

Landsknechtsverzweiflung im Baltikum.

Berlin, 24. November. (W. T. B.) Ueber die Lage im Baltikum wird berichtet: Die Reste der deutschen Legionen, verschiedene Freikorps, darunter das von Brandis, haben sich südlich von Mitau gesammelt. Der rechte Flügel steht bei Kruki in Verteidigung. Der linke Flügel hält die Bahn Mitau—Schaulen. Hier sind fünf aus Mitau kommende Flüchtlingszüge mit vorwiegend deutschstämmigen Flüchtlingen von den Litauern zusammengeschossen worden. Bisher sind 50 Tote und 150 Verwundete gemeldet. Es wird versucht, die Bahnstrecke offen zu halten, damit wenigstens der Rücktransport der übrigen Flüchtlinge vor sich gehen kann. Die Eiserne Division geht anscheinend ziemlich geordnet zurück. Die Reste des linken Flügels, meist aus Russen bestehend, sollen sich im Raume Murajewo-Popelyany versammeln. Nach Abmarsch der Gruppe Pichwe, die bei Libau stand, ist die linke Flanke gegen die von Libau vorrückenden Letten offen. Sie wird durch schwächere Abteilungen östlich Prekuln gesichert. Die Litauer setzen ihre Angriffe gegen die Bahn Mitau—Schaulen fort. Radzwilliski ist von ihnen besetzt. Sie sind weiterhin bis Szylany vorgedrungen. Die von Schaulen ausgehenden Bahnen sind bis Szylany in deutscher Hand. Admiral Hopmann wird mit der Ententekommission in Schaulen erwartet. Im Ganzen ist die Lage außerordentlich ernst, an einigen Stellen verzweifelt.

Koltschak und Denikin vernichtend geschlagen.

Stockholm, 24. November. Nach einer drahtlosen Meldung aus Moskau haben die Bolschewisten an der Strecke Petropawlowsk—Omsk zwei Panzerzüge, 40 Kanonen und 85 Lokomotiven erbeutet und außerdem 45 000 Mann der Armee Koltschak gefangengenommen.

Ueber die Lage der Armee Denikin wird berichtet, daß die Bolschewisten die russischen Freiwilligen auf einer 350 Meilen langen Front zurückgedrängt haben. Die Donkosaken und die Tschitschensen sind desertiert und in ihre Dörfer zurückgekehrt.

Der baltische Dreibund.

Kopenhagen, 24. November. Wie aus Reval gemeldet wird, wurde auf der Konferenz in Dorpat volle Einigkeit über die Schaffung eines baltischen Bundes zwischen Estland, Lettland und Litauen erzielt. Die vorbereitenden Arbeiten für den Präliminarfrieden mit den Bolschewiken sind im Gange. Offiziell wird die Absicht bekanntgegeben, eine neue Konferenz abzuhalten, an der auch Vertreter von Sowjetrußland teilnehmen sollen. Die Konferenz soll in den allernächsten Tagen eröffnet werden.

Bulgarien verhaftet die Kriegsschuldigen.

Frankfurt a. M., 23. November. Der Frkf. Ztg. wird aus Bulgarien gemeldet: Dem kürzlich gefaßten Beschluß des bulgarischen Ministerrats entsprechend, sind in den letzten Tagen über 200 politische Persönlichkeiten verhaftet worden, denen man die Schuld an dem Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg beimißt, darunter die meisten Mitglieder des Kabinetts Radoslawow und General Protogorow, ferner eine Anzahl von Journalisten. Ebenso wird die Auslieferung des Zaren Ferdinand und des früheren Ministerpräsidenten Radoslawow verlangt werden.

Der Massenaufmarsch der Berliner Arbeiter.

Ueber die Kundgebungen der Berliner Arbeiter gegen die monarchistische Reaktion wird uns noch aus Berlin berichtet: Sechzig Versammlungen reichten nicht aus, die anstürmenden Massen des Berliner Proletariats aufzunehmen, die zur Bekundung ihres unerschütterlich revolutionären Willens gekommen waren. Teilweise mußten besondere Nebenversammlungen veranstaltet werden, zu denen aber gleichfalls Tausende keinen Zutritt mehr erlangten. Die Redner fanden sofort innigste Wechselwirkung mit den Massen, die alles daransetzen werden, dem neuen Militarismus, der Bedrohung der Republik, der nationalistischen Hetze zu begegnen. Die notwendige Einigung des Proletariats wurde in allen Versammlungen besprochen. Ueberall kam als Ergebnis zum Ausdruck, daß sie möglich sei, nicht durch ein Kompromiß mit den Männern, die Belagerungszustand, Schutzhaft und militärische Einrichtungen zum Vorteil der Reaktion gehandhabt, sondern nur durch unzweideutiges Bekenntnis zum revolutionären Sozialismus und zur sozialistischen Republik.

Die Versammlungen nahmen einen ernsten, ruhigen Verlauf. Noske hielt sich mehr im Dunkeln auf als sonst. Zu Zusammenstößen mit seinen Leuten kam es nirgends. Im Gewerkschaftshaus, wo Genossin Zietz referierte, gelang die Entlarvung eines Spitzels, dem eine umfangreiche Niederschrift der Rede in Geheimschrift abgenommen wurde. Empörte Versammlungsbesucher zahlten ihm, wie gemeldet wird, dafür ein Honorar in ungebrannter Asche.

•

In Leipzig fanden am Sonnabend 15 Versammlungen statt, die sämtlich gut besucht, zum Teil überfüllt waren. Sowohl der Besuch als der imposante Verlauf der Versammlungen wird den Reaktionären sicher eine Warnung sein, sie werden sich das vernichtende Urteil der klassenbewußten Arbeiterschaft Leipzigs nicht hinter den Spiegel stecken und sich sicher nicht so bald danach gelüsten lassen, es auf eine Machtprobe ankommen zu lassen.

Mit dem Belagerungszustand unterdrückt! Düsseldorf, 24. November. Die U. S. P. wollte auch hier wie im ganzen Reich im öffentlichen Versammlungen die Massen zum Kampfe gegen die monarchistische Reaktion, gegen Militarismus und Belagerungszustand aufrufen. Der militärische Befehlshaber hat die Versammlungen aber verboten.

Das ist die richtige Art, auch dem gedankenlosesten Arbeiter begreiflich zu machen, wie auch im „neuen Deutschland" Reaktion und Militarismus wieder ihr Unwesen treiben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191125-12/fragment/page=0002

An die Parteitagsdelegierten

richtet das Lokalkomitee in Leipzig den folgenden Hinweis: Die Parteitagsdelegierten erhalten bei Ankunft auf dem Hauptbahnhofe in Leipzig von dem Lokalkomitee ein Logis angewiesen. Es ist in der kurzen Zeit nicht möglich, allen Delegierten durch Post Nachricht zu geben!

Auskunftsstelle: Hauptbahnhof Leipzig, Wartesaal 1. Klasse (Sächsische Seite).

Die Preßfreiheit.

Der Militärbefehlshaber für Sachsen hat auf Grund von § 9b B.-Z.-G. für den Freistaat Sachsen die Herstellung und den Vertrieb der periodischen Zeitschrift Der Pflug, Sonntagsblatt für Landarbeiter und Kleinbauern, herausgegeben vom Zentralsekretariat des Verbandes kommunistischer Landarbeiter und Kleinbauern Deutschlands, bei Strafe von Gefängnis bis zu einem Jahre oder beim Vorliegen mildernder Umstände von Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark für jeden Zuwiderhandlungsfall verboten.

Amtlich wird bekanntgegeben: Zur Behebung von Zweifeln wird nochmals bekanntgegeben, daß Druck und Vertrieb der Roten Fahne im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund des § 9b des Belagerungszustandsgesetzes vom 4. Juni 1851 seitens des Oberbefehlshabers verboten ist.

•

Das Kommando der belgischen Besatzungsarmee (4. Zone) „gibt der L.V. die Ehre, ihr mitzuteilen, daß die Einführung, der Verkauf unserer Zeitung und die Propaganda für sie in der belgischen Besatzungszone auf unbestimmte Zeit verboten ist. Gründe werden nicht angegeben. Die L. V. nennt das Verbot ein ehrendes Dokument und findet sich damit im übrigen mit der humoristischen Bemerkung ab, „ihre Kost scheine den belgischen Militärs nicht zuzusagen. Wir begreifen ihre Aengste vor wachsender Aufklärung auch in den Reihen der belgischen Soldaten."

Sie leben von der Lüge!

Die rechtssozialistische Presse — darunter natürlich auch das Hallische Noskeblatt — druckt der abhängigen Frankfurter Volksstimme eine Lügenmeldung nach, in der behauptet wird, Genosse Dißmann habe als Verleger des unabhängigen Volksrecht die Forderung des Druckereipersonals auf eine Wirtschaftsbeihilfe glatt abgelehnt, obwohl die bürgerlichen Zeitungen die von den Druckern verlangte Summe bereits gezahlt hätten.

Die schwindelsozialistische Presse kommt mit dieser Enthüllung einige Tage zu spät. Inzwischen sind ihrer Frankfurter Lügenschwester einige Berichtigungen zugegangen, in der sich die Drucker des Volksrecht für eine Interessenvertretung durch die verlogene rechtssozialistische Presse entrüstet bedanken. Genosse Dißmann habe vielmehr sofort die Berechtigung einer Beihilfe anerkannt und sogar Unterstützung des Verlages durch die Parteiorganisation zugesagt, so daß die Verhandlungen mit der Bewilligung der Forderung endigten.

Notizen.

Vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß. In einer am Montage abgehaltenen internen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über Belgien wurde beschlossen, vorerst das gesamte Anklagematerial der Entente, soweit es durch Kauf möglich ist, zu beschaffen, vor allem das Gelbbuch der französischen Regierung.

Die Unruhen in Aegypten dauern, nach einer Times-Meldung aus Kairo, fort. In Alexandrien fanden große Kundgebungen statt. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Bei den Unruhen in Kairo am Sonntag betrug die Zahl der Opfer unter der Bevölkerung 84, darunter sieben Tote.

Brotmangel in Spanien. Madrid, 23. November. Havas. Die Lage in der Brotversorgung hat sich verschlechtert. Es kommt zu öfteren Zwischenfällen, auf den Werken und vor den Bäckereien, wo eine ungeheure Menge die Verteilung ungenügender Vorräte erwartet.

Hasenclevers Antigone verboten. Die Aufführung von Hasenclevers Antigone im Landestheater Darmstadt wurde verboten, weil das Stück aufreizend auf die Arbeiterschaft wirke. — Es geht langsam zu Ende mit dieser Regierung.

Keine Kohlen für die Lungenkranken! Die Lungenheilstätte Beelitz bei Berlin muß wegen Kohlenmangels zum großen Teil geschlossen werden. Nur die Schwerkranken werden zurückbehalten. Augenblicklich ist die Heilstätte mit etwa 1400 Personen belegt.

Stadtverordnetenversammlung.

Sitzung vom 24. November 1919.

Die Einführung der unbesoldeten Stadträte.

Die Sitzung begann mit der Einführung der unbesoldeten Stadträte durch den Oberbürgermeister Dr. Rive, der in einer kurzen Rede auf die Bedeutung dieser Magistratswahl hinwies. Schwere Sorgen begleiteten die neuen Stadträte beim Einzug in den Magistrat. Aber schon einmal habe in trüber Zeit der Gedanke der Selbstverwaltung dem Volke aus dem Elend verholfen und der Gemeinsinn allein gebe die Möglichkeit zu neuem Aufstieg. Nachdem der Oberbürgermeister die neuen Stadträte durch Handschlag verpflichtet hatte, richtete auch der Stadtverordnetenvorsteher Genosse Hennig einige Begrüßungsworte an sie, in denen er sie als die Vertrauensleute der städtischen Bevölkerung im Magistrat bezeichnete. Für die selbstlose Arbeit, welche die bisherigen Stadträte geleistet hätten, spreche er im Namen der Versammlung den ausscheidenden Herren den Dank aus. Besonders begrüße er es, daß mehrere Herren weiter Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung blieben, denn das gäbe Gewähr für ersprießliche Zusammenarbeit. Besonders anerkennende Worte fand der Vorsteher für die langjährige kommunale Arbeit der Herren Finger, Albrecht und Osterburg. Stadtrat Albrecht dankte im Namen seiner Freunde.

Dann wurde die

Wahl eines besoldeten Stadtrates

vorgenommen. Gewählt wurde mit 52 Stimmen Herr Stadtrat Fischer aus Posen, während 12 Stimmen auf Herrn Streigleder aus Dortmund entfielen.

Bau der Südlinie des Mittellandkanals.

Diesen Punkt leitet der Vorsteher mit einem Hinweis auf die große Wichtigkeit der Vorlage ein. Er wies auf den Streit zwischen der Süd- und Mittellinie des Kanals hin und teilt mit, daß nach sachlicher Prüfung die Abgeordneten in der Preußischen Landesversammlung sich für die Südlinie entscheiden mußten. Aber die Verfechter der Mittellinie haben starke Interessentengruppen hinter sich. Wenn die Südlinie nicht gebaut würde und Halle nicht an das große Netz der Wasserstraßen angeschlossen würde, so würde das eine schwere Schädigung der Hallischen Industrie bedeuten.

Stadtv. Ritter referierte über die Stellungnahme des Verkehrsausschusses. Die Mittellinie über Magdeburg hat den einzigen Vorzug, daß sie den direkten Weg nach Berlin führt. Aber sie führt durch rein landwirtschaftliche Gegend, und es kommt, ebensowenig wie beim Eisenbahnbau, auf den schnurgeraden Weg, sondern auf die Erschließung industrieller Gegenden an. Der Plan eines Stichkanals von Magdeburg nach Halberstadt ist höchst unpraktisch. Die projektierte Südlinie geht denselben Weg wie die Eisenbahn von Hannover nach Halle und bildet die größten Vorteile in der Verbindung industrieller Gegenden. Es wird sich ein erheblicher Zwischen- und Nahverkehr entwickeln. Voraussetzung der Südlinie ist der Anschluß und die Kanalisation der Saale. Zum Schluß erörterte der Redner die Führung des Kanals durch Halle und verlas folgende Entschließung:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Halle erachtet übereinstimmend mit dem Magistrat im Interesse des Reichs, des Landes und auch der Stadt Halle die Südlinie als die richtigste. Der Durchgangsverkehr allein rechtfertigt nicht die Wahl der Nordlinie. Das Projekt der Mittellinie ist ein Kompromiß nach Namen und Inhalt, aber kein gutes, denn der Durchgangsverkehr muß einen Umweg machen und an Zwischenortsverkehr wird es dauernd mangeln. Wir treten dafür ein, daß die Südlinie ausgebaut, daß aber gleichzeitig die Abzweigung nach der Saale beschlossen und durchgeführt wird, daß die bereits im Gesetz betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffahrtsabgaben vom 24. Dezember 1911 zugesagte Verbesserung des Fahrwassers der Saale allerdings nicht für 400-Tonnen-Schiffe, sondern für Kanalschiffe rechtzeitig zur Ausführung kommt. Im volkswirtschaftlichen Interesse Deutschlands liegt es, daß alle drei für das mitteldeutsche Industriegebiet nötigen Arbeiten gleichzeitig fertig werden."

Die Vertreter aller Fraktionen drückten ihre Zustimmung zu dem Projekt der Südlinie aus. Stadtv. Wilke brachte hierbei zum Ausdruck, daß die Südlinie den Anfang einer Verbindung zwischen dem Norden und Süden Deutschlands bedeute. — Stadtv. Koenen erklärte, daß der frühere Kampf der Sozialdemokratie für den Mittelweg geführt würde, als vom Südprojekt noch keine Rede war. Jetzt haben sich aber die wirtschaftlichen Verhältnisse geändert. Die neue Braunkohlen-, Kali- und Stickstoffindustrie, die sich in den mitteldeutschen Gebieten entwickeln wird, rechtfertigt das Eintreten für das Südprojekt. — Oberbürgermeister Rive stellt fest, daß die Einmütigkeit der Fraktionen nicht auf dem Lokalinteresse, sondern auf dem Allgemeininteresse beruhe. Der Magistrat habe keinen Versuch gemacht, die Stadtverordneten zu beeinflussen, und freue sich, dennoch bei der gesamten Versammlung dieselbe Ueberzeugung zu finden. Das bestärke den Magistrat, auf seinem Wege fortzuschreiten! — Der Antrag des Verkehrsausschusses wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag auf Ausbau der Umformeranlagen der Straßenbahn wurde angenommen. Die Kosten betragen 860 000 Mk.

Die Beschaffungsbeihilfen.

Stadtv. Manschewski berichtete über die große Vorlage über die Beschaffungsbeihilfen für die städtischen Beamten. Die Beihilfe beträgt für Verheiratete 1000 Mk., für jedes Kind 200 Mk. und für Ledige 600 Mk. Den Arbeitern soll, so beantragt der Ausschuß ergänzend, wöchentlich 16 Mk. und für jedes Kind 4 Mk. Zulage gewährt werden, und zwar vom 1. Juli an rückwirkend. Die Deckung der Ausgaben erfordert die Erhöhung der Steuern des laufenden Jahres! — Stadtv. Albert Müller bringt einen Antrag ein, allen verheirateten städtischen Arbeitern 20 Mk. Beschaffungsbeihilfe und 5 Mk. für jedes Kind, den Ledigen aber 12 Mk. für die Woche zu gewähren. Zuvor aber müsse dem Antrag Osterburg auf

Gleichstellung zwischen Arbeitern und Beamten

Unterstützung gewährt werden. — Stadtv. Osterburg begründet diese Stellungnahme seiner Fraktion. — Stadtv. Balke führt dagegen an, den Beamten sei es immer schlechter gegangen als den Arbeitern! (Oho!) — Stadtv. Hildebrandt liest Lohnlisten aus dem Jahre 1914 vor, welche die merkwürdigen Behauptungen des Herrn Balke ins richtige Licht setzen. Auch die Hilfsangestellten bedürfen der Beihilfe wie die Beamten. Was dem einen recht sei, sei dem andern billig. — Stadtv. Splett teilt mit, daß der Haushaltsausschuß grundsätzlich auf dem Standpunkt stehe, daß dauernde Zulagen besser seien als die Beschaffungsbeihilfe. — Auch Stadtv. Carlsson wendet sich gegen die Beihilfe für Arbeiter. — Stadtv. Bock tritt ebenfalls für Teuerungszulagen ein und verwirft grundsätzlich die einmalige Beihilfe. Er wendet sich dagegen, daß die Magistratsmitglieder ebenfalls Beihilfen bekommen. Es sei ungerecht, daß Leute mit 2000 bis 3000 Mk. Einkommen für Leute mit 12 000 bis 15 000 Mk. Einkommen Steuern bezahlen. Nach weiteren Ausführungen der Stadtvv. Hildebrandt, Dürrfeld, der als Beamtenvertreter selbst die Gleichheit zwischen Arbeitern und Angestellten befürwortet, und Kleeis, begründet Stadtrat Wurm noch einmal die Stellung des Magistrats. — Stadtv. Schweikart weist ebenfalls auf die besondere Notlage der Bureauhilfsarbeiter und Bureauhilfsarbeiterinnen und der Arbeiter hin. Er hebt hervor, daß die Tagegelder für Mädchen, Witwen und männliche Hilfskräfte 2,50 bis 3,50 Mk. während des Krieges betrugen und Anfang des Jahres für Kriegsteilnehmer erst die Höhe von 5 bis 7 Mk. erreichten. Die Notlage der Beamten sei nicht so groß; die Kriegsteilnehmer hätten das Gehalt und die Teuerungszulagen während des Krieges weiterbekommen. Die Hilfsangestellten und Arbeiter, die zum großen Teil alle Kriegsteilnehmer waren, hätten kein doppeltes Einkommen gehabt. Für die auf Privatdienstvertrag Angestellten, die nach dem 1. Mai eingetreten seien, müßte die Beschaffungsbeihilfe ebenfalls gezahlt werden, und zwar in prozentualer Weise je nach Eintritt. Entsprechender Antrag wurde gestellt.

Die Debatte wird auf Antrag geschlossen, wonach noch einige persönliche Bemerkungen und das Schlußwort des Berichterstatters folgten. Der Antrag Osterburg, über den als weitestgehender zuerst abgestimmt wird, wird mit 33 gegen 30 Stimmen abgelehnt. (Zurufe von der Tribüne: Brettschneider! Brettschneider, weil der Stadtv. Brettschneider vom Ring der Angestellten, also ein Angestelltenvertreter, ablehnt.) Auch der Antrag Müller wird unter entrüsteten Pfuirufen der Tribünenbesucher abgelehnt. Darauf wird die Magistratsvorlage mit den Erweiterungen des Haushaltsausschusses angenommen. Ein Antrag Bock, die Höchstgrenze für Einkommen, denen Beihilfe gewährt wird, auf 8000 Mk. zu beschränken, wird abgelehnt. Der Antrag Schweikart wird zurückgestellt, da ein Antrag Osterburg ähnlicher Art im Ausschuß angenommen worden ist. Der Antrag, die Mittel dafür aus erhöhten Steuererträgen des laufenden Jahres aufzubringen, wird mit den Stimmen der Scheinsozialisten angenommen.

Kleinere Vorlagen.

Der Magistrat hat beschlossen, die aufkommenden Zinsen des Fonds für vorbeugende Armenpflege von etwa 1700 Mk. jährlich bis auf weiteres der Armendirektion zur Verwendung als einmalige Unterstützungen außerhalb des Rahmens der öffentlichen Armenpflege zu überweisen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu. — Sodann werden verschiedene Nachbewilligungen für die Feuerwehr, für das Gaswerk, für das Riebeckstift und die Wasserwerke erledigt. Ebenso werden die Mittel für Instandsetzungen beim Gas- und Wasserwerk zur Verfügung gestellt. — Die Mittel für die Pumpe auf der Grube Karl-Ernst werden bewilligt. Durch die bevorstehende Rückgabe des unbebauten Flugplatzgeländes wird der darunter befindliche Kohlenvorrat zur Gewinnung verfügbar. Dazu sind technische Vorbereitungen zu treffen. — Für das Riebeckstift werden 3000 Mk. Einkaufsgeld für eine Kaufstelle bewilligt. — Ueber die Verwendung der Sparkassenüberschüsse wird beschlossen, daß die gesamten Ueberschüsse aus 1918 in Höhe von 609 643,64 Mk. nicht für öffentliche Zwecke in Anspruch genommen, sondern in Gemäßheit des vorgelegten Vermögensnachweises vom 30. Juli 1919 zur Vornahme stärkerer Abschreibungen dem Sicherheitsfonds der Sparkasse zugeführt werden.

Zu dem Antrag Kleeis, die Frage der Haus- und Krankenpflege in der Stadt Halle dem Sozialen Ausschuß zur Prüfung und Ausarbeitung von Vorschlägen zu ihrer Ausgestaltung zu überweisen, begründet Frau Stadtv. Binner folgenden Antrag des Ausschusses: Der Magistrat wird ersucht, eine Vorlage auszuarbeiten, nach der die Haus- und Krankenpflege in städtische Verwaltung übernommen wird. Verschiedene Vorschläge werden dem Antrag beigegeben.

Stadtrat Tepelmann bricht wieder einmal eine sehr längliche Lanze für die private Liebestätigkeit. Es entspinnt sich daraufhin eine längere Debatte über dieses schon oft besprochene Thema, auf die wir papiermangelshalber nicht näher eingehen können. Stadtv. Busse bittet, den Antrag des Ausschusses abzulehnen. Stadtv. Hildebrandt polemisiert in längeren Ausführungen gegen die Bürgerlichen. Nach weiteren Ausführungen der Stadtvv. Kleeis, Albrecht, Borges, Bundt, Bolze, Krüger und Binner wird der Antrag des Sozialen Ausschusses mit 33 gegen 28 Stimmen abgelehnt.

•

In der geschlossenen Sitzung wurde die Stelle des Straßenbahninspektors bei der städtischen Straßenbahn in eine Beamtenstelle umgewandelt. Bisher wurde der Stelleninhaber auf Grund eines Privatdienstvertrages beschäftigt, während er nunmehr als Gemeindebeamter auf Lebenszeit angestellt ist. Die in der vorigen Sitzung von unsern Genossen geltend gemachten Bedenken gegen diese Stellung konnten gestern als behoben angesehen werden, da die vorgesetzte Behörde es übernommen hatte, Herrn Käppel zu rektifizieren und wissen zu lassen, daß sein Verhalten den Straßenbahnern gegenüber stets einwandfrei sein müsse.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 25. November 1919.

* **Über expressionistische Kultur und Kunst** sprach im Auftrage der Hallischen Künstlergruppe Herr Dr. E. v. Sydow-Leipzig am Sonnabend im überfüllten Mozartsaal. In formvollendeten Ausführungen legte er dar, daß der Expressionismus der künstlerische Ausdruck unserer ganzen umwälzenden und neuschaffenden Zeit ist. Expressionismus ist nicht Gefühl und Schwärmerei, sondern harter, herber, zweckbewußter Willensausdruck. Monumentalität strebt in allen expressionistischen Formen zur Gestaltung. Wirkung im Sinne einer großen Idee soll erzielt werden. Nichts von bloßer Kopie der Natur, nichts von Beschaulichkeit, Schwärmerei oder Einschläferung. Expressionismus ist lebendiges Leben, kraftvolles Höherklimmen. An treffenden Lichtbildern belegte der Vortragende das Werden und Ringen des Expressionismus in der Malerei und Bildhauerei. Aber nicht nur auf dem Gebiete der Aesthetik, sondern auch in der Ethik und Religion schafft der Expressionismus. Er ist in allem die künstlerische Formgebung tiefsten und innerlichsten Empfindens und Schauens der schaffenden Künstler und Gestalten. Expressionismus ist die künstlerische Ausdruckskultur der geistigen Revolution. — Der gehaltvolle Vortrag hat dem Expressionismus viele neue Freunde geworben.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, abend findet wegen Vorbereitung zu der Oper Das Christelflein keine Vorstellung statt. Am Dienstag wird der angekündigte Pfitzner-Lieder-Abend gegeben. Allerdings ist es nicht möglich gewesen, die ursprünglich vorgesehene Solistin, die wegen Verkehrsschwierigkeiten am Sonnabend nicht eintreffen konnte, für diesen neuen Termin zu gewinnen. Um jedoch das Programm des Pfitzner-Zyklus durchführen zu können, werden eine Anzahl hier völlig unbekannter Pfitzner-Lieder unter Begleitung des Meisters durch Kammersänger Oskar Bolz und Dina Mahlendorff zum Vortrag gebracht werden. Eine wertvolle Bereicherung des Programms ist aber insofern erreicht worden, als es gelungen ist, Herrn Professor Heinrich Kiefer (Dresden), einen der bekanntesten Interpreten Pfitznerscher kammermusikalischer Werke, zu gewinnen, der in Gemeinschaft mit dem Meister dessen Cello-Sonate zum Vortrag bringen wird. Mittwoch, den 26., dritte Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus Das Christelflein, Spieloper in zwei Akten. Musikalische Leitung: Prof. Dr Pfitzner, Spielleitung: Leopold Sachse. Bühnenbilder und Kostüme nach Entwürfen von Paul Thiersch. Beginn der Aufführung 7½ Uhr. Donnerstag, den 27., vierte Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus, Orchester-Konzert unter Leitung von Professor Dr. Pfitzner. Solisten: Gertrud Meinel (Dresden), Wilhelm Guttmann (Berlin). Professor Dr. Hans Pfitzner wird die IV. Sinfonie D-moll von Schumann und die VII. Sinfonie von Beethoven zum Vortrag bringen. Fräulein Meinel singt die Orchesterlieder „Verrat" und „Sonst", Herr Guttmann die Orchesterlieder „Der Trompeter", „Zorn" und „Klage". Leider muß für Dienstag, Mittwoch und Donnerstag das Abonnement aufgehoben werden. Um jedoch den geschätzten Tagesstammkarteninhabern entgegenzukommen, werden Eintrittskarten zu den Pfitzner-Veranstaltungen an Stammkarteninhaber gegen Erstattung der Preisdifferenz abgegeben. Die Tagesstammkarte ist in diesem Fall vorzuzeigen. Die für den abgesetzten Pfitzner-Liederabend am Sonnabend, den 22. gelösten Eintrittskarten werden an der Kasse gegen Erstattung des Preises zurückgenommen. Freitag Don Carlos in neuer Einstudierung. Sonnabend Tosca. Sonntag, den 30. November, vormittags Das Drama der Jugend in Deutschland, 2. Vortrag von Privatdozent Dr. Wolfgang Liepe Die romantische Jugendbewegung. Es folgt als romantisches Drama in der Woche darauf Der Tod des Empedokles von Hölderlin.

* **Zur Ermittlung der Räuber**, die am vergangenen Freitag gegen 9½ Uhr vormittags einen Kassenboten auf der Hagenstraße überfallen haben, ist es von Wichtigkeit, daß alle, die den vom Martinsberg fliehenden Täter gesehen oder verfolgt haben, gehört werden. Sie werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36 oder 37, zu melden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß es sich um 5 Männer von 20—25 Jahren handelt, von denen 2 umgearbeitete Matrosenuniform, die 3 anderen umgearbeitete feldgraue Uniform, alle aber feldgraue Schirmmützen getragen haben sollen. Der Mann, der die Tasche gehabt hat, hat noch einen fast neuen, braun- und grüngesprenkelten, etwas f[illegible]igen Winterüberzieher und rötlichgelbe Gamaschen getragen.

* **Straßenbahnunfall.** Heute früh riß auf dem Marktplatz der Leitungsdraht der Straßenbahn. Hierbei brach der Bügel des Motorwagens. Der Anhängewagen geriet in Brand. Personen sind nicht verletzt.

Kaufe nur Mittwoch, d. 26. Novbr., in Halle, von 9—1 und 2—5 Uhr, im Hotel Deutscher Hof, Franckestr. 8, Zimmer 8, I. Etage *3753
alte, auch zerbrochene
Gebisse Zahn bis 20 Mk.
Zahle für den gewöhnlichen Platinzahn 1—4 Mk., Stiftzähne 3—7 Mk., Plattenzähne bis 20 Mk. Gebisse bis 200 Mk., Brennstifte zu hohen Preisen.

6479 **Waschbretter** mit starker Zinkeinlage.
Sobel, Steinweg 45. Geistlichestr. 2. Reilstr. 1. Ammendorf Bahnhofstr. 3.

6467 Erstklassige **Taschenlampen-Batterien**, Stück Mk. 1.25, stets frisch u. geprüft b. **M. Bartl**, Bonbongeschäft, Gr. Steinstraße 34, Ecke Margaretenstr.

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Zahle höchste Preise für alle Sorten 6198
Felle, Häute, Wolle, Roßhaare usw.
Händler Vorzugspreise.
Tel. 4377 Breitestr. 8

Vorzügliche 6124 **Wasch- und Toilettenseifen** preiswert bei **M. Bartl**, Gr. Steinstr. 34, Ecke Margaretenstr. (Bonbongeschäft).

Geschirrführer, älterer, erfahr. Mann, gedienter Kavallerist, von Engrosgeschäft gesucht. Näher. Schillerstraße 1, Kontor. *3765

Frauenleiden *3755 Auskunft unter „Leben und Gesundheit 1" Berlin SW. 13 postl.

Lumpen, Wolle, Neutuch, Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchsten Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 4747 Ludwig Schwetschkestr. 14.

Eine tragende **Erstlingsziege** zu verkaufen. 8758 Wörmlitz, Angerstr. 14.

Kaufe Nähmaschine, wenn auch nicht nähend, 6240] Breitestr. 28a, 1 l.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191125-12/fragment/page=0003

Der Tempelräuber.
6483

Walhalla-Operetten-Theater. 6482
½8 Uhr:
Die Faschingsfee.
Kasse 10-1½ u. 4-6 Uhr.

Volkspark,
Burgstraße 27.
Kräftiger 6071
Mittagstisch.

Bratwurstglöckle-Varieté.
Täglich, nachmittags 3 Uhr: 6457
Der vorzügliche urkom. Spielplan.
Dazu die beiden erstklassigen Einakter:
Förster Wilden und Ehrliche Arbeit.
Alte Promenade 8, Ecke Gr. Ulrichstrasse.

Wilsdorfs Gesellschaftshaus Karlstr. 14
Mittwoch, 26. Nov., von 5 Uhr an: 4690
Oeffentlicher Ball.

Festsäle „Goldener Hirsch“,
Leipzigerstr. 63 *3754 Fernspr. 5983
Mittwoch, den 26. Nov., von 6 Uhr an:
: Oeffentlicher Tanz :

H. Volkspark, Burgstr. 27. M.
Zu unserem morgen, Mittwoch, den 26. Nov., abends 6 Uhr, stattfindenden 6471
Tanzkränzchen
Sp. ladet ergebenst ein Der Vorstand. **V.**

Radewell. „Gasthof zu Radewell“.
Mittwoch, den 26. November: *3760
Großes Tanzkränzchen.
Flotte Musik. Anfang 6½ Uhr.

Für
Gastwirte und Vereine
empfehle
Saaldekoration, Tanzkontroller, Tanzblumen, Tanzband, Eintrittsblocks, Garderobeblocks, Kellnerblocks, Schiess- und Keglerlisten zu billigsten Preisen. 6456
Albin Hentze, Schmeerstrasse 24.

Geschäfts-Eröffnung.
Der geehrten Einwohnerschaft von Nietleben zur Kenntnis, dass ich am 26. November 1919 Eislebener Strasse 31 ein
Herren-Frisier-Geschäft
eröffne. Den mich beehrenden Herren sichere ich peinlichst saubere Bedienung zu.
Stuben-Abonnenten erhalten eigenes Rasierzeug und Wäsche.
6253 Hochachtungsvoll
Heinrich Wollgast,
Friseur.

In 1 Stunde vertilgen Sie unter Garantie jede [6473
Läuse-Plage
auch Flöhe i. Brut (Nissen) b. Mensch u. Tieren mit mein. berühmt. pat. gesch. Mittel „Eckolda“. F. Wund. unschädl. Ungez.-Vertilg.-Anstalt, Fil. Leipzig. Verk. in Halle nur b. V. Schurig, Steinweg 10. Postversandt.

Empfehle als Spezialitäten:
Markenfreie **Kerzen**
erstkl. **Taschenlampen-Batterien**
Stück Mk. 1,25 6461
Kern- und Toiletteseifen
Ia. Pfefferminz
Tee, Kakao, Schokolade
Bonbon.
M. Bartl, Bonbongeschäft,
Gr. Steinstr. 34, Ecke Margaretenstr.

Zucker- und Futter-
*3710
rübenkerne (Eckendorfer) in großen Posten zu kaufen gesucht. Bemusterte Eilangebote befördert diese Zeitung unter V. H. 631.

Karbid,
jedes Quantum, abzug.
Karbid-Lampen
in großer Auswahl. 6251
Karbid-Wurmstich,
Merseburgerstr. 163.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchh.

Der Tempelräuber.
6483

Neu eingetroffen
sind für Herbst und Winter alles was die Mode Neues bringt, in großer Auswahl

Herren-Anzüge	Herren-Anzüge	Herren-Anzüge
in braunen, dunklen, grünen und sonstigen Modefarben nur gute Stoffe und besten Zutaten verarbeitet	in oliven, braunen, grünen, dunklen und sonstigen karierten Mustern, nur echte Qualitäten, 1- u. 2reihige Modeform in nur prima verarbeitet. Zutaten	Ersatz für Maß, in allen Modearten in braunen, grünen und dunklen Farbentönen, das eleganteste der Saison, nur erstklassig. Verarbeitung von Zutaten
Stück nur **195⁰⁰ Mk.**	Stück nur **245⁰⁰ Mk.**	Stück nur **295⁰⁰ Mk.**
Knaben-Anzüge	**Knaben-Anzüge**	**Knaben-Anzüge**
für das Alter von 3–8 Jahren, Schul-Fasson, in braunen, grauen und grünen Modefarben, nur echte Stoffe, 1- u. 2reihige Form	für das Alter von 3–8 Jahren, Prinz Heinrich-Form, in nur echten Stoffen und wunderbaren Farben	für das Alter von 10–14 Jahren, in grauen, braunen und sonstigen Modefarb., nur echte Qualitäten
Stück nur **44⁵⁰ Mk.**	Stück nur **58⁵⁰ Mk.**	Stück nur **78⁵⁰ Mk.**

Ferner empfehle: 6455
Ulster für Herren, Jünglinge u. Knaben
in den neuesten Modearten sehr preiswert.
Abteilung für Berufskleidung in nur echten Qualitäten.
Große Auswahl in Englischen Leder-, Struck-, Manchester- und Zwirn-Hosen, sowie Schlosser-Anzügen sehr preiswert.
Ernst Renner,
14 Marktplatz 14.

Größte Auswahl in engl. Zigaretten:
Goldflake,
Navy Cut, Straight Cut, Thee Flag, Chiff Whip, Pin Head, Henley.
6243
Echt Nordhäuser Kautabak.
— Für Wiederverkäufer billigste Bezugsquelle. —
K. Gimpel, im „Reichshof“gebäude, **Alte Promenade 6.**
Nähe Stadt-Theater. Nicht Neue Promenade.

Stoffersatz-Wäsche 5115
im Aussehen von Leinen kaum zu unterscheiden, in fast allen Formen und Weiten am Lager.
Form wie obenstehend Dtz. 4,00 u. 4,50 Mk.
Abgabe auch im Engros.
Dauerwäschevertrieb
Kl. Berlin 2, 1 Tr. rechts Ecke Sternstr.

Nur bis Donnerstag.
2 Erst-Aufführungen. **2**
Nur für Erwachsene.
Die nur für Geld lieben!
Grosses Sittendrama
— 4 Akte. —
Der Handabdruck.
Detektiv-Sensation! Höchste Spannung!
5 Akte 5.
Orpheum,
12 Steinweg 12.
6476

Politische Couplets,
Lieder und Gesamtspiele, Theaterstücke, Revolutions-Künstlerpostkarten, *3123
Vereinsabzeichen,
Beitragsmarken, Girlanden, Fahnen, Plakate sowie alle Fest- und Tanzartikel.
Preisliste verlangen.
Rich. Lipinski, Leipzig.
Königstr. 12. Fernruf 2309.

Der Tempelräuber.
6483

Stadttheater.
Pfitzner-Zyklus
unter persönlicher Leitung des Komponisten.
Mittwoch, den 26. Nov., Anf. 7½, Ende n. 10 Uhr: III. Veranst. ... Pfitzner-Zyklus:
Erstaufführung:
Das Christelflein.
Spieloper. 6460
Donnerstag, den 27. Nov., abds. 8 Uhr: IV. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus:
Orchester-Konzert.
Solisten:
Gertrud Meinel, Dresd. Wilh. Guttman, Berlin.

Ansichts-Postkarten empf. die Volksbuchhandlung.

Apollo-Theater.
Täglich abds. 7½ Uhr:
Mit großem Erfolg
„Die Puppe“ 6469
Operette v. E. Audran.
Lancelot: M. Willenz a. G.
Vorverk. 9-1 u. 5-½7 U.

Bonbon
bei 6465
M. Bartl,
Bonbongeschäft,
Gr. Steinstraße 34. Ecke Margaretenstr.

Monopol-Lichtspiele
Geiststrasse 5.
— Ab heute: —
Stuart Webbs
in dem spannenden Detektivschlager: 6474
Die geheimnisvollen Briefe
in 4 Akten.
Spannend! Spannend!
Modellhaus Täublein.
Heiteres Lustspiel in 2 Akten.
— Zum Totlachen! —

Vereins-Anzeiger

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 10 Mk. jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor
Mittwoch, d. 26. Novbr., pünktl. 8 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Frauen- und Mädchenchor.
Jed. Dienstag, ½9 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Turnverein Fichte.
Oberrealschule, Staudestr.: Dienst. u. Freitag 8-10 U.
Turnerinnen: Mittw. 8-10. Volkspark-Turnhalle.
Johannesschule, Liebenauerstr.: Montag und Donnerstag 7-9 Uhr.
Sonnabend, d. 29. Nov., ½8 Uhr, im Volkspark: Vorstands-Sitzung.
Sonntag, den 30. Nov., vormittags 9 Uhr, in der Volksp.-Turnhalle: Vorturnerstunde.
Sonntag, den 30. Nov., nachmittags, a. d. Brandbergen: Fußball-Wettspiel. Um 1 Uhr: Halle II — Lettin II. Um ½3 Uhr: Halle I — Lettin I.
Die Turnstunden für Männer und Schüler in der Johannesschule finden, der Gassperre halber, von 6—8 Uhr statt.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“
Donnerstag, abds. 7 Uhr, i. Stadtheim, Kl. Berlin 1: Höns-Abend.
Sonntag Wanderungen nach Merseburg zur Besichtigung des Heimat-Museums u. d. Domes.

Freie sozial. Jugend, Halle.
Donnerstag: Funktionär- u. Vorstands-Sitzung.
Freitag: Berichterstattung v. d. Bezirkskonferenz.

I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.
Vereinslok.: Gold. Kette. Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

I. Hallesches Mandolinen-Orchester Gegr. 1883. (Espana). Gegr. 1883.
Verein z. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungsst.: Jed. Freitag, abends 8 Uhr, in Borks Restaur., Kurze Gasse 1.

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jeden Freitag nach dem 1. und 15.: Uebungsstunde in der „Goldenen Kette“,

Mandolinen-Zirkel Frohsinn Halle (S.)
Vereinslokal: „Zur Plauderecke“, Augustastr.
Verein zur Pflege des Mandolinen-, Gitarre- u. Lautenspiels auf breitester Grundlage für Damen u. Herren. Jeden Freitag: Uebungsstunde.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität : Ortsgr. Halle.
Freitag, den 28. November, abends ½8 Uhr, im Volkspark: Versammlung. Der Vorstand.

Artisten-Börse.
Halle a. S. Fernspr. 2884.
Vereinslokal:
Vereinslokal: Zur Plauderecke, Augustastr.
Sitzung:
Jeden Mittwoch.
Humoristen, Komiker, Duette, Geiger u. Pianisten sind und müssen zu jeder Gelegenheit zu haben sein.
Jugend-Abteilung:
Zusammenkünfte jeden Mittwoch i. Vereinslokale.

Kröllwitz.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung:
Jed. Donnerstag 8-10 Uhr.
Dramatische Abteilung:
Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung:
Dienstag u. Freitag 8-10 U.
Wander- u. Mandolin-Abteilung:
Für Mädchen:
Mittwoch ½8-½10 Uhr.
Für Burschen:
Donnerstag ½8-½10 U.
Bibliothek:
Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Ammendorf.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.
Dienstag, den 25. Nov., abds. v. 8 Uhr an, in Teichmanns Restaurant:
-- Singestunde. —
Der Vorstand.

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell Merseburg.
Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 7½ Uhr: Sitzung im „Thüringer Hof“. Der Vorstand.

Alle Sorten Seife
bei 6466
M. Bartl,
Bonbongeschäft,
Gr. Steinstraße 34, Ecke Margaretenstr.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdgl.

Qualitäts-Dauerwäsche
mit Stoffeinlage
Manschetten, Kragen, Vorhemden
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Dauerwäsche Spezialhaus.
Geiststr. 53. 6167

Bekanntmachung.

Durch fortlaufende Steigerung aller Generalunkosten fühlt sich die Unterzeichnete gezwungen, den verehrten Hausfrauen mitzuteilen, daß das

Backgeld durch einstimmigen Innungsbeschluß erhöht wird.

Bei dieser Gelegenheit bitten wir die verehrten Hausfrauen, ihren Bedarf an Backwaren bei dem Bäcker zu decken, dem sie ihre Kuchen zum Backen bringen, denn jeder Bäcker muß hierbei viel Sorgfalt und Mühe verwenden. *3764

Die Bäcker-Zwangs-Innung zu Halle (S.) u. Umg.

Amtliche Bekanntmachungen.

Saalkreis.

Bekanntmachung.

Zu der Anordnung über Regelung des Brot- und Mehlverbrauches vom 9. August 1919 wird unter Aufhebung des Nachtrages vom 20. Oktober 1919 folgender

Nachtrag

erlassen:

Auf Grund der §§ 58—61 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 (R. G. Bl. S. 525/535) wird die Anordnung über Regelung des Brot- und Mehlverbrauches vom 9. August 1919 wie folgt geändert:

Artikel 1: § 4 erhält folgende Fassung:

Jede Brotmarke berechtigt zur Entnahme von entweder
500 Gramm Roggenbrot oder
340 " Mehl oder
450 " Weißbrot oder Zwieback
und jede Zusatzbrotmarke zur Entnahme von 375 Gramm Roggenbrot oder 255 Gramm Mehl.

Der Höchstpreis beträgt vom 1. Dezember 1919 an

für ein Roggenbrot zu 2 Kilogramm	1,44	Mk.
" " " " 4 "	2,88	"
" " Weißbrot zu 75 Gramm	0,09	"
" 340 Gramm Roggenmehl	0,25	"
" 340 " Weizenmehl	0,28	"
" 340 " feineres Weizenmehl	0,34	"
" 255 " Roggenmehl	0,19	"
" 255 " Weizenmehl	0,21	"
" 255 " feineres Weizenmehl	0,26	"

Für Zwiebäcke werden Höchstpreise nicht festgesetzt.

Artikel 2: Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. Dezember 1919 in Kraft.

Halle, den 24. November 1919. 6325

Der Kreisausschuß des Saalkreises.
Ad. Thiele. 6470

Makulatur
verkauft
Verlag des Volksblattes.

Arbeitsmarkt

Ledigen
Geschirrführer
*3759 sowie
Leute z. Rübenroden
nimmt an
Julius Staude,
Bassendorf.

Möbel-Transporte 4743a
sowie Speditionsfahren führt sachgemäß aus **Alb. Ackermann,** Thomasiusstr. 15. Tel. 5643

Klavierspieler und Geiger
für Tanzmusik frei.
G. Bode, 6472
Hardenbergstraße 20.

6480 **Zinkeimer**
in starker Ausführung
Mk. 7.95.
Sobel,
Steinweg 45.
Geiststraße 9. Reilstr. 1
Ammendorf Bahnhofstr. 3

Bellamy
Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.
Kart. 3 Mk., Porto 15 Pf.
Volksbuchhandlung.
Halle (S.), Harz 42/44.

Frdl. möbl. Zimmer
an ruhigen Genossen sofort zu vermieten. 6250
Gr. Brunnenstr. 2a I.

Ein lediger **Weichenzungenhobler**
per sofort gesucht.
Offerten unter F. H. K. 349 an die Expedition dieser Zeitung. *3742

Großstückarbeiter und Tagschneider
finden dauernde Beschäftigung bei
Albert Drechsler Nachf.,
Poststraße 17. *3766

Der Tempelräuber.
6483

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191125-12/fragment/page=0004

Auf dem Wege zur Einigung?

Die Frage der Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien scheint nun doch allmählich aus dem Abschnitt theoretischer Erwägungen in den der Möglichkeit praktischer Durchführbarkeit treten zu wollen, wenn auch bis zu ihrer Verwirklichung noch ein weiter Weg ist. Aber in einzelnen Städten hat man doch bereits ernsthafte Schritte zur Einigung eingeleitet. So hat in Danzig eine gemeinsame Vertrauensmännersitzung der S. P. D. und der U. S. P. stattgefunden, in der die Einigungsfrage mit Erfolg besprochen wurde. In einem Bericht über diese Sitzung stellt unser Parteiblatt, Das freie Volk, fest, „daß auch den der S. P. D. angehörenden Arbeitern durchaus jedes Kampfmittel recht ist, um zum Ziele zu gelangen". Nach einer viele Stunden währenden Aussprache wurde von beiden Parteien aus der Mitte der Versammlung eine Kommission gebildet, die sich auf folgende Erklärung einigte:

„Nachdem in den Programmpunkten der beiden Parteien bis auf die Frage der Diktatur des Proletariats und der politischen Arbeiterräte eine Einigung erzielt ist, erklären die Unterzeichneten, daß zur Verwirklichung des Sozialismus jedes Kampfmittel, gegebenenfalls auch die Diktatur des Proletariats, angewandt werden kann."

Gen. Mau (U. S. P.) gab darauf die Erklärung ab, daß er auf Grund dieser Entschließung der S. P. D. bereit sei, unter den Vertrauensleuten der U. S. P. für die Durchführung der Einigung zu wirken, und stellte den Antrag, daß sämtliche Führer und Vorstandsmitglieder beider Parteien, sowie Partei-, Gewerkschafts- und Konsumvereinsbeamte den Saal zu verlassen haben, damit die Arbeiter der Betriebe die Verhandlungen weiterführen sollen, welche eher zum Ziele gelangen würden. Der Antrag Mau wurde mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Die Verhandlungen, welche um 6 Uhr ihren Anfang genommen hatte, tagte bis ¾1 Uhr nachts. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die obige Erklärung als Resolution mit der Abänderung angenommen wurde, daß gegebenenfalls die Diktatur angewendet werden muß.

Ferner wurde beschlossen, daß die Vertrauensleute beider Parteien wieder gemeinschaftlich tagen sollten, um auf dem schnellsten Wege die Einigung herbeizuführen. Mit einem brausenden Hoch auf die geeinigte Sozialdemokratie nahm die voller Begeisterung erfüllte Versammlung ihr Ende.

*

Wie die P. P. N. aus Bremen erfahren, nahmen dort in einer großen Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Organisation die Mitglieder Stellung gegen die reaktionären Bestrebungen der Rechtsparteien. Sie verlangen, daß eine Einigung zwischen den unabhängigen Sozialisten und den Sozialdemokraten zumindest soweit erfolgt, um bei einem eventuellen Putschversuch von rechts diesem begegnen zu können.

In Stettin lehnte eine U. S. P.-Versammlung einen von Horn beantragten Einigungsvorschlag mit der S. P. D. ab und forderte Einigung mit den Kommunisten und Diktatur.

*

Eine Erklärung der Zentralleitung der U. S. P.

Im Auftrag einer kombinierten Sitzung des Zentralvorstandes und des Berliner Hauptvorstandes der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie mit der Zentrale der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften haben Eduard Bernstein und S. Nestriepke ein Schreiben an uns gerichtet. Danach sollen sie mit den Vorständen der sozialistischen Parteien in Verbindung treten, um die Möglichkeit einer Verständigung für den Kampf gegen die sich immer stärker regende Reaktion mit ihnen zu erörtern.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei kann bei aller Anerkennung der guten Absichten der hinter den beiden Briefschreibern stehenden Körperschaften diese doch nicht als geeignet für den vorgesehenen Zweck ansehen. Sie kann der Aufforderung daher keine Folge geben.

In derselben Richtung liegende Anregungen, die sich bis zu direkten Vorschlägen verdichten, eine Einigung der beiden sozialistischen Parteien herbeizuführen, werden jetzt fortgesetzt in der Presse erörtert. Unsere Stellungnahme dazu ist niedergelegt in folgender Erklärung, die Genosse Ludwig (Hagen) im Einvernehmen mit uns für unsere Fraktion in der Preußischen Landesversammlung am 17. November abgegeben hat:

„Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat schon auf ihrem März-Parteitag in ihrem Aktionsprogramm klar die Voraussetzungen für eine Einigung des Proletariats formuliert.

Eine Einigung kann nur erfolgen auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes. Das bedingt eine Aufgabe der Koalitionspolitik mit dem kapitalistischen Bürgertum und die Preisgabe der Noskeschen Gewaltpolitik.

Solange das keine Bereitwilligkeit bei der rechtssozialistischen Partei besteht, ist eine Einigung unmöglich und zwecklos.

Soll sie nur dazu dienen, die Rechtssozialisten in der Regierung zu stützen, die sie gemeinsam mit den Klassenfeinden des Proletariats bilden, so lehnen wir sie rundweg ab. Auf dem Boden der sozialistischen Grundsätze allein ist sie möglich."

In unserem letzten Aufruf vom 19. November haben wir ferner erklärt:

„Oft genug haben wir die Folgen der selbstmörderischen Politik vorausgesagt, die das Proletariat entwaffnet und den Gegnern der Republik zur Macht verholfen hat. Heute, wo die Ohnmacht der Rechtssozialisten in der Regierung immer offener zutage tritt, rufen ihre Führer nach der Einigung des Proletariats, um der monarchistisch-reaktionären Gefahr zu begegnen. Dabei halten sie fe stan der Koalitionspolitik mit dem kapitalistischen Bürgertum, an der Noske-Diktatur mit dem Belagerungszustand, halten sie fest an der ganzen konterrevolutionären Politik, durch die die Bewegungsfreiheit des Proletariats aufgehoben ist. Eine dauernde, fruchtbringende Einigung des Proletariats kann nur erfolgen auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes zur Durchführung einer grundsätzlichen sozialistischen Politik."

Wir sind überzeugt, daß damit die Stellungnahme der Gesamtpartei zum Ausdruck gebracht ist. An den umlaufenden Gerüchten über Einigungsverhandlungen ist kein wahres Wort.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Italiens künftige Politik.

Italien hat ausgesprochen kriegsfeindlich gewählt. Der Nationalismus hat ausgespielt, ja mehr, die Anhänger des bürgerlichen Pazifisten Giolitti gehen stark geschwächt aus dem Wahlkampfe hervor, auch der bürgerliche Pazifismus ist erlegen, es triumphiert die sozialistische Internationale. Aber Italien hat auch bolschewistisch gewählt, denn die sozialistische Liste enthielt als für die Analphabeten vorgeschriebenes Wahrzeichen das Wappen der russischen Sowjetrepublik, den Hammer und die Sichel von Aehren umkränzt. Die so gekennzeichnete Liste rückt mit 167 Mandaten in das Parlament. Damit sind die Sozialisten die stärkste Partei Italiens, denn es ist ein Trugschluß, die 177 Liberalen eine Partei zu bezeichnen, sie sind ein programmloser Wirrwarr der verschiedensten Richtungen, die sich aufs heftigste aus rein persönlichen Gründen befehden. Geschlossen sind nur noch die Klerikalen, die als katholische Volkspartei zum ersten Male geschlossen im Wahlkampf erschienen und durch die Erringung von 97 Mandaten einen großen Sieg erfochten haben.

Die künftige Politik Italiens kann aus dieser Zusammensetzung der Kammer unschwer vorausgesagt werden. Eine Regierung, die sich etwa auf bürgerliche Parteien und das italienische Zentrum stützt, ist in Italien nicht denkbar, weil einmal die Liberalen die heftigsten Gegner der Klerikalen sind und zum andern diese Liberalen unter sich viel zu uneinig sind, um einen Block bilden zu können, auf den die Regierung sich stützt. Das Kabinett Nitti hat sich bereits vor der Wahl auf die Klerikalen und Sozialisten gestützt. Es wird zwar eine gewisse Rekonstruktion nach dem Zusammentritt des Parlaments erfahren, an dieser Tendenz wird aber nichts geändert werden können.

Italien wird stark sozialistische Politik treiben, denn die Klerikalen, die mit sozialen Versprechungen ihre Wahl gemacht haben, werden keinen allzu heftigen Widerstand leisten.

Und Italien wird pazifistische Politik treiben. Unsere italienischen Genossen haben ferner erkannt, daß die Politik, die sie auf Tod und Leben der Entente verkaufte, lediglich den Interessen des Weltkapitalismus und des Entente-Imperialismus diente. Die Enttäuschung, die der Krieg gebracht hat, hat alle Sympathien nicht nur für künftige Kriegspolitik, sondern auch für die Anlehnung an die Entente erschlagen. Italien wird eine Außenpolitik treiben, die nicht mehr im Dienste der Entente und des englischen Imperialismus steht, ja, man kann sagen, daß die französischen Wahlen, die Frankreich zu dem Land mit der reaktionärsten und antisozialistischen Kammer Europas machen, eine gewisse antifranzösische Politik Italiens zur Folge haben werden. Unsere italienischen Genossen werden die Revision des Friedensvertrages fordern und europäische Friedenspolitik treiben. Italien wird sich Deutschland und Rußland nähern um so schneller, je deutlicher es wird, daß Amerika die Einmischung in europäische Verhältnisse ablehnt, um so erfolgreicher, je eher es gelingt, den Bürgerkrieg in Rußland zu beenden und den sozialistischen Staat aufzubauen. Sollten in Deutschland aber wieder Reaktion, Monarchismus und Feudalismus, Gegenrevolution und Militarismus ihr Haupt erheben, so wird die deutsch-italienische Verständigung aufs neue gestört und unmöglich gemacht werden. Nur eine ehrlich sozialistische Politik wird eine gesunde Grundlage bilden für die Verständigung Deutschlands mit Italien.

Polens neue Verfassung.

Der Verfassungsentwurf, den die polnische Regierung dem Parlament vorgelegt hat, will für Polen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einführen. Einberufung und Eröffnung des Parlaments erfolgt durch das Staatsoberhaupt. Es hat das Parlament alle Jahre einzuberufen. Aber ihm steht auch das Recht der Auflösung zu. Das Staatsoberhaupt wird alle sieben Jahre durch allgemeine Volksabstimmung neu gewählt. Die Vorschläge (zwei) erfolgen durch das Parlament. Im Falle des Ablebens des Staatsoberhauptes werden die ihm zugewiesenen Staatsgeschäfte von dem „Rate der Drei" geführt. Dieser „Rat der Drei" besteht aus dem Parlamentsmarschall, dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes. Ist das Staatsoberhaupt länger als drei Monate an seiner Amtsführung behindert, beruft das Parlament den „Rat der Drei" ein. Das Staatsoberhaupt, zu dem jeder polnische Staatsangehörige nach vollendetem 41. Lebensjahre gewählt werden kann, ist weder in politischer noch in sonst einer Beziehung dem Staate verantwortlich. Er ist Oberkommandierender der gesamten Wehrmacht. Ihm zur Seite steht die sogenannte „Macht des Rechts". Sie setzt sich zusammen aus 60 Personen, die zur Hälfte vom Parlament gewählt, zur Hälfte vom Staatsoberhaupt ernannt werden. Die Mitglieder der „Macht des Rechts" brauchen nicht Mitglied des Parlaments zu sein. Der „Macht des Rechts" steht das Vetorecht zu.

Die Reaktion wird weiter bewaffnet!

Wie die rechtssozialistische Frankfurter Volksstimme aus Marburg berichtet, ist dort ein sogenanntes Zeitfreiwilligen-Bataillon gebildet worden, das ausschließlich aus Studenten besteht. Dieser Formation sollen zurzeit 600 Mann angehören, die vollständig militärisch ausgerüstet sind; es sollen ferner bis in alle Einzelheiten ausgearbeitete Pläne für die eventuelle Besetzung der Stadt vorliegen. Nachdem diese Dinge allgemein bekannt wurden, hat sich namentlich der arbeitenden Bevölkerung eine große Erregung bemächtigt. Der bloße Umstand, daß die Zeitfreiwilligen-Wehr ausschließlich aus Studenten besteht, die sich hier tagtäglich in den müttelsten monarchistisch-antisemitischen Exzessen ergehen, hat stark beunruhigend gewirkt. Auch die Tatsache, daß diese Wehr vollkommen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit — selbst die städtischen Polizeibehörden sollen nicht das Geringste von der Existenz einer solchen bewaffneten Macht gewußt haben — gegründet wurde, verstärkt natürlich das Mißtrauen. An der Spitze dieser Wehr soll der frühere hiesige freiconservative Landtagsabgeordnete, jetzige deutschnationale Parteiführer, Universitätsprofessor Bredt stehen. Das Blatt verlangt von der Regierung, „daß sie diesen Vorgängen und den alldeutsch-antisemitischen Umsturzplänen die notwendige Aufmerksamkeit schenkt und schließlich auch, wenn notwendig, mit starker Hand den Augiasstall ausräumt".

Ein Verlangen, dem diese Regierung, die sich der Reaktion mit Haut und Haaren verschrieben hat, schon deshalb nicht erfüllen wird, weil sie dazu weder den Willen noch auch die Macht hat.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

55] [Nachdr. verb.]

„Sie hat uns gesehen! O Gott, sie hat mich gesehen!"

„Was tut das schließlich?" sagte er ungeduldig.

„Hast du denn gar kein Gefühl?"

„Dies dumme Ding wird grad was merken."

„Ich sage dir, die hat hellere Augen als irgendeiner im ganzen Haus. Warum hat sie so gestöhnt, wenn sie nicht alles begriffen hätte? Lieber Gott, wie soll ich nun dastehen vor dem Kind!"

Sie war nicht zu beruhigen. Erst als vom Hof her die Stimme des Hauptmanns rief, folgte sie Bert ins Haus.

Als die beiden ins Zimmer kamen, wo man schon auf sie wartete, fragte Bert nach Lotte. Frau von Debwitz erwiderte:

„Sie ist verschwunden. Sie hat sagen lassen, es wäre ihr schlecht geworden."

„Schöne Manieren!" brummte der Hauptmann. „Mir scheint, die schnappt nächstens auch noch über."

Anna konte kaum einen Bissen hinunterwürgen. Nach dem Essen wollten Debwitz und Bert noch ein Konzert besuchen. Anna sagte, sie hätte Kopfschmerzen und würde sich schlafen legen. Als die anderen fort waren, schlich sie leise die Treppe hinauf und lauschte an Lottes Tür. Sie hörte undeutliches Schluchzen. Sie krampfte die Hände zusammen und wand sich vor Scham. Sollte sie nicht hineingehen, um, als wäre nichts geschehen, und ihre Tochter fragen, warum sie nicht zum Essen gekommen war? War es nicht das beste, wenn sie selbst eine Aussprache herbeiführte und ruhig die Sache als etwas Unbedeutendes, als einen harmlosen Scherz erklärte? Aber sie hatte keinen Mut. Sie fühlte sich schuldig, beladen in der Seele dieses Kindes. Sie war zu feige, den Blick dieser Augen zu ertragen . . . Und während sie zusammenzuckte bei jedem leisen Ton, der aus dem Zimmer drang, wurde ihr klar, daß es jetzt nicht mehr ein nichtiger Schatten war, den sie fürchtete, nicht mehr bloß die Ahnung von kommendem Unheil — jetzt hatte der Verschwundene einen Stellvertreter gefunden. Immer würde die Nähe dieses Kindes sie stören und ihr den Mut zur Sünde nehmen. Aber sie konnte es ja fortschicken! Sie konnte Lotte bestimmen, wieder nach Eisenach zurückzukehren. Dann wäre sie frei los. Aber gestand sie damit nicht alles ein? Sagte sie damit nicht, daß in diesem Hause Dinge vorgingen, die ein anständiges Mädchen nicht sehen durfte? . . . Sie fühlte, daß sie diese Schamlosigkeit nie begehen würde. Aber was tun? Wie würde sie morgen dem Kind unter die Augen treten? Sie biß sich auf die Lippen und konnte zu keinem Entschluß kommen. Schließlich als sie Schritte auf der Treppe hörte, eilte sie in ihr Zimmer. Ohne an Schlaf zu denken, saß sie noch Stunden wach. Endlich schrieb sie an Bert einen Brief. All ihre verzweifelte Liebe, die ganze Glut ihrer durstigen Sinne strömte sie in diese Zeilen. Aber auch ihre Scham, ihre Angst, ihre Verzweiflung. Sie gestand ihm, daß sie bereit gewesen war, ihm alles zu geben. Aber sie hat ihn zugleich, nie wieder zu kommen. Um des Friedens ihrer Seele willen sollte er das Haus meiden.

Lotte lag in ihrer Kammer und preßte den Kopf in die Kissen, damit man ihr Schluchzen nicht hörte. Was sie gesehen, hatte ihre Seele getroffen wie der Steinwurf eine Spiegelscheibe. Es war in ihr etwas zerschellt, was kein Mensch, keine Hilfe von oben, keine noch so lange Zeit wieder ganz machen konnte.

Mit ihren achtzehn Jahren noch ein halbes Kind, aufgewachsen in dieser unschuldigen Atmosphäre, die eine vom Leben zurückgezogene, kranke Frau verbreitet, hatte sie nichts erfahren von den Abgründen und stinkenden Gräbern des Lebens.

Wie hatte sie ihre Mutter geliebt! In diesem Zerwürfnis zwischen ihrem Vater und seiner jungen Frau hatte sie für die Fremde Partei ergriffen. Sie machte sich Vorwürfe darüber, aber sie konnte nicht anders . . . Nun hatte sie das gesehen! Ihre Mutter in den Armen eines fremden Mannes! Ihre ganze spröde Keuschheit empörte sich dagegen. Sie, die seit einigen Monaten selbst liebte, die dies Gefühl aber verbarg im allerletzten Winkel ihres Herzens, die diese unschuldige Zuneigung, dies stete Denken an den einen schon für etwas Unerlaubtes hielt und sich deswegen Vorwürfe machte, sie hatte ihre Mutter gesehen, wie sie den Kopf des Mannes mit ihren Händen umpreßte und ihren Mund an seinen drückte. Ihre Mutter hatte das getan, die sie immer umgebetet hatte, die ihr als die Vollkommenheit in jedem Dinge erschienen war! . . . Und ihr Vater saß im Irrenhaus. Noch keine zwei Monate waren vergangen, daß man ihn fortgebracht hatte. Vielleicht hatte er gewußt, was sie trieb, und das hatte ihm den Verstand geraubt! Und die anderen hatten es auch gewußt und hatten es doch zugelassen. Niemand war aufgetreten und hatte dieser Schande ein Ende gemacht. Und sie, sie wußte nun auch davon. Mein Gott, was sollte sie tun? War es nicht ihre Pflicht, gegen ihre Mutter aufzutreten? . . . Aber sie fühlte sich ihr entrückt, fremder als irgendeinem Menschen. Sie fühlte, daß sie kein Wort mehr zu ihr sagen könnte, daß der Ekel ihr die Kehle zuschnüren würde. Und doch mußte sie etwas tun. Sie konnte doch nicht ruhig zusehen! Aber niemandwo wußte sie Rat, irgendwo Rettung. Sie war verlassen, sie hatte keinen Menschen, dem sie sich anvertrauen konnte, und doch fühlte sie, daß sie zu schwach war, um dies Furchtbare allein zu tragen.

Während sie in die Kissen biß, während ihr junger Körper von immer neuen Schmerzen erschüttert wurde, und heiße Tränen aus ihren Augen stürzten, strömte von draußen die Sommernacht ihre laue Kühle, ihren Sternenschimmer herein. Ein leiser Wind hatte sich aufgemacht, am Horizont glommen rote Streifen herauf, in den Bäumen wisperte es von ersten Vogelstimmen, aus der Ferne verkündete ein Hahn mit immer neuen Rufen, daß bald der Morgen anbrach, aber das junge, bis ins Innerste erschütterte Menschenkind konnte noch immer keinen Frieden finden.

Am nächsten Morgen sah Anna ihre Tochter beim Frühstück wieder. Frau Regierungsrat war schon damit beschäftigt, ihren Hund zu füttern. Die beiden saßen sich gegenüber. Sie wechselten kein Wort. Anna versuchte auf Lottes Gesicht zu lesen, was in ihr vorging. Sie war blaß und scheu. Als ihre Mutter das Wort an sie richtete, zuckte sie zusammen. Sie stammelte eine kurze Antwort, dann trank sie ihren Kaffee aus und verließ das Zimmer. Mehrere Tage vergingen, bei jedem Zusammensein erwartete Anna, daß irgendein Wort fallen würde, welches zu einer Auseinandersetzung führte. Schließlich als sie eines Morgens mit Lotte allein war, ermannte sie sich und fragte:

„Was fehlt dir eigentlich? Du bist seit ein paar Tagen so sonderbar."

Lotte fuhr auf, am ganzen Körper bebend. Sie rang nach Worten, aber in wilden Strömen stürzten ihr die Tränen aus den Augen. Ohne etwas zu erwidern, eilte sie hinaus. Anna folgte ihr, aber auf der Treppe hörte sie, wie ihre Tochter die Tür hinter sich zuschloß. Sie biß sich auf die Lippe. Dieser unglückliche Versuch hatte das ganze Verhältnis nur noch unerträglicher gemacht.

Lotte war seit dem Abend vollkommen haltlos. Der Boden, auf dem sie gestanden, war ihren Füßen entrissen. Sie taumelte von Verzweiflung zu Verzweiflung. Sie war noch so an Autorität gewöhnt, so gewöhnt, sich anzulehnen, daß sie nicht selbständig handeln konnte. In den ersten Tagen hatte sie beschlossen, nach Eisenach zurückzukehren. Aber während ihr in Wirklichkeit vor dem Einsiedlerleben bei der alten kränklichen Frau graute, bildete sie sich selbst als Grund ihres Bleibens ein, daß sie ihre Mutter überwachen müßte. Und aus dieser Zerrissenheit ihres Wesens kam sie ganz von selbst zu einem Benehmen, welches das allernatürlichste aber auch das allerverkehrteste war; sie wurde unartig. Jedem, der ihr irgend was sagte, Frau Düsbach, Debwitz oder seine Frau, ihrer Mutter, schleuderte sie einen Blick zu, der ausdrückte: Wer bis du? Was fällt dir ein? Ihre inneren Qualen äußerten sich als Unausstehlichkeit. Sie wurde unleidlich, ein Kreuz für die ganze Familie. Man konnte ihr sagen, was man wollte, sie hatte immer einen Widerspruch. Sie ging nicht mit spazieren, beteiligte sich an keinen gemeinsamen Vergnügungen, kam zu spät zu Tisch oder gar nicht und tat nur das, was sie wollte. Anna war ihr gegenüber von einer fast demütigen Nachsicht. Aber die Verwandten waren anderer Meinung. Diesem unmanierlichen, bastigen Ding müßte einmal ordentlich der Kopf gewaschen werden, damit es Bescheidenheit lernte. So kam es manchmal zu den furchtbarsten Reibereien, bis Lotte schließlich aufsprang und krachend die Tür zuschlug.

Seit zwei Wochen hatte Anna ihren Freund nicht wiedergesehen. Sie litt unsäglich. Das Leben, das eben so glänzend begonnen, hatte all seine Freuden verloren. Sie rang nutlos mit ihrer Angst, ihren dunklen Vorstellungen, sie fühlte sich verworfen und lachte sich zugleich höhnisch aus, daß sie sich mit Gewissensbissen folterte, wo sie die Sünde gar nicht begangen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191125-12/fragment/page=0005

Dasselbe Bild wie in Marburg zeigt sich ebenfalls in der Universitätsstadt Gießen. Das geht aus einer Anfrage hervor, die der Abg. Kiel (U. S.) an die Volkskammer gerichtet hat. Er beschwert sich darin, daß von der Gießener Reichswehr in der Woche vom 27. Oktober bis 1. November des nachts an die Studenten in Gießen Waffen verteilt wurden, die teilweise in den Korpshäusern und Privatwohnungen der Studenten untergebracht sein sollen. Er fragt: Sind diese Vorgänge der Regierung bekannt, was gedenkt sie dagegen zu unternehmen? Ist sie bereit, eine Untersuchung einzuleiten?

Wir sehen also überall die gleiche Erscheinung: die Reaktion arbeitet ganz planmäßig auf die Gegenrevolution hin, und die „sozialistische" Regierung sieht der Entwicklung dieser Dinge mit verschränkten Armen zu.

Aus der Provinz.

Aus der Rätebewegung.

Ueberall werden aus dem Reiche gute Erfolge in der Rätebewegung gemeldet. In den Reihen der Arbeiterklasse setzt sich immer mehr der Gedanke fest, daß die Verwirklichung des Sozialismus nur möglich ist, wenn alle revolutionären Kräfte zusammengefaßt werden. Allgemein kommt die Arbeiterschaft zu der Erkenntnis, daß der Aufbau der wirtschaftlichen Räteorganisation eine zwingende Notwendigkeit ist. Und in allen Betrieben erheben die Arbeiter die Forderung nach Betriebsräten und nach Rechten für die Betriebsräte. Allen Widerständen der Unternehmer zum Trotz, fordern die Arbeiter immer stürmischer ihr Recht, und wo sie einmütig und geschlossen zusammenstehen, gelingt es ihnen auch, einflußreiche Betriebsräte einzusetzen.

Besonders im Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland ist es der Arbeiterschaft gelungen, den Betriebsräten weitgehende Rechte innerhalb der Produktion zu erringen. Aber auch der Zusammenschluß der Betriebsräte nimmt bereits greifbare Form an, in einer ganzen Reihe von Industriegruppen sind die Betriebsräte zu festgefügten Organisationen zusammengeschlossen. Um nun aber ein inniges Zusammenarbeiten der einzelnen Gruppen herbeizuführen und vor allem, um eine gleichmäßige Agitation betreiben zu können, zur Erfassung der noch fernstehenden Arbeitergruppen, machte sich die Schaffung einer Bezirkszentralstelle notwendig.

Zu diesem Zwecke tagte am 20. November in Halle im Volkspark eine Konferenz der Vertreter der Bezirksgruppenräte der chemischen Industrie, des Bergbaues, der Bauindustrie, des Verkehrsgewerbes, der Nahrungsmittelindustrie, der Metallindustrie, der Staats- und Kommunalbeamten und Arbeiter, des Bezirksarbeiterrats und einzelner Revier-Wirtschaftsräte. Genosse Lemck schilderte die Entwicklung der Räteorganisation im Bezirk und erläuterte weiter die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der einzelnen Gruppen, um dadurch die Räteorganisation aktionsfähig zu gestalten. Aber auch die Finanzierung müsse durchgeführt und vor allen Dingen einheitlich geregelt werden. Nur wenn genügend Mittel bereitgestellt würden, ist es möglich, eine intensive Agitation zu betreiben. Von besonderer Bedeutung ist die Durchbildung der Betriebsräte und sei deshalb die Einrichtung einer Räteschule erforderlich. — Die Diskussion ergab vollständige Uebereinstimmung aller Vertreter. Es wurde beschlossen, einen provisorischen Bezirks-Wirtschaftsrat zu bilden aus je drei Vertretern der bestehenden Bezirks-Gruppenräte, drei Vertretern des Bezirksarbeiterrats und je einem Vertreter der Revier-Wirtschaftsräte. Bezüglich der Finanzierung wurde beschlossen, daß die Betriebsräte verpflichtet sind, dahin zu wirken, daß alle im Betriebe Beschäftigten pro Woche einen Beitrag von 10 Pf. zum Aufbau der Räteorganisation entrichten.

Durch die Schaffung des provisorischen Bezirks-Wirtschaftsrats ist nun wiederum ein bedeutsamer Schritt nach vorwärts getan. Planmäßig und intensiv muß nun die Agitation weiterbetrieben werden, zur Verbreitung und Vertiefung des Rätegedankens. Eine große Aufgabe steht uns bevor und jeder einzelne ist verpflichtet, mitzuarbeiten, um in allerkürzester Zeit die alle revolutionären Kräfte umfassende wirtschaftliche Räteorganisation aufzubauen.

Brehna. Aus der Partei. Es wurde bekanntgegeben, daß wiederum neue Mitglieder hinzugetreten sind. Erfreulicherweise ist unser Mitgliederstand nunmehr auf das Doppelte des Standes im Sommer angewachsen. Die Weihe unseres Banners findet am 7. Dezember statt. Hierzu sind die benachbarten Parteivereine eingeladen. Der wichtigste Punkt, die Aufrechterhaltung des Arbeiterrates, wurde dadurch erledigt, daß man einstimmig für Weiterverbleiben eintrat. Die Neuwahl findet am 6. Dezember statt. Es ist Pflicht der Genossen, schon jetzt Stellung dazu zu nehmen und geeignete, energische Genossen dafür in Vorschlag zu bringen. Bekannt wurde noch gegeben, daß 371 Volkskalender abgesetzt wurden mit einem Erlös von 156,62 Mk. Eine Tellersammlung für die streikenden Metallarbeiter ergab 81 Mk. Die nächste Mitgliederversammlung ist am Sonnabend, den 6. Dezember.

Delitzsch. Tödlicher Eisenbahnunfall. Gestern morgen wurde bei Zug 501, welcher in der Richtung nach Eilenburg fährt, auf Station Delitzsch eine Frau vom Zuge überfahren und sofort getötet. Die Schuld an diesem Unglück soll die Frau selbst treffen, da sie noch versuchte, auf den Zug aufzuspringen, als dieser schon in Bewegung war. Auch ihr Mann mit seinem fünfjährigen Kinde sprang noch auf den in Fahrt befindlichen Zug und kamen auch glücklich darauf, während die Frau überfahren wurde. Der Zug wurde sofort zum Stehen gebracht. Nun beweint der Mann seine Frau und das kleine Kind seine tote Mutter.

Leuna. Die Bezeichnung „Leuna-Werke" in Briefanschriften hat wiederholt zu unliebsamen Verwechslungen geführt. Der Begriff Leuna-Werke ist lediglich eine postalische Bezeichnung für das Postamt Leuna-Werke, Kreis Merseburg. Das in den Gemarkungen der politischen Gemeinden Leuna, Rössen, Göhlitzsch, Daspig und Cröllwitz errichtete Tochterwerk der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik in Ludwigshafen a. Rh. führt den Namen Ammoniakwerk Merseburg. Ein Fabrikunternehmen mit den Namen Leuna-Werke gibt es also nicht. Leuna-Werke ist nur eine Postamtsbezeichnung wie Postamt Halle, Postamt Merseburg usw. Wieder etwas anderes ist der Zweckverband Leuna, nämlich eine Vereinigung der politischen Gemeinden Leuna, Rössen, Göhlitzsch, Daspig und Cröllwitz zur Erfüllung gewisser kommunaler Aufgaben. Daneben besteht noch die alte politische Gemeinde Leuna. Postanschriften haben also zu lauten: An das Ammoniakwerk Merseburg in Leuna-Werke, Kreis Merseburg, an den Vorsitzenden des Zweckverbandes Leuna in Leuna-Werke, Kreis Merseburg oder an den Amtsvorsteher für den Bezirk Spergau in Leuna-Werke, Kreis Merseburg, da letzterer gleichfalls seinen Amtssitz in Leuna-Werke hat.

Holzweißig. Genossenschaftliches. Am 16. November tagte die Generalversammlung der Konsum- und Spargenossenschaft für den Industriebezirk Bitterfeld, Sitz Holzweißig. Der Geschäftsführer gab den Bericht über das 27. Geschäftsjahr, aus dem hervorgeht, daß die Genossenschaft am 30. Juni 1736 Mitglieder hatte. Der erzielte Umsatz betrug 945 769 Mk. gegen 710 124 Mk. im Vorjahre. Der Umsatz könnte ein viel größerer sein, wenn alle Mitglieder ihre Waren restlos im eigenen Geschäft entnehmen würden. Die Einwohner des Industriebezirks Bitterfeld müssen mehr soziales Interesse bekunden, damit es nicht wieder vorkommt, daß 424 Mitglieder keine Waren entnehmen! Die Genossenschaft besitzt gegenwärtig sechs Verkaufsstellen, die sich in Holzweißig, Sandersdorf, Ramsin, Greppin, Niemegk und Bitterfeld befinden. Die siebente Verkaufsstelle wird im Laufe des Dezembers in Holzweißig eröffnet. Die Genossenschaft besitzt sechs Grundstücke die mit 37 000 Mk. Hypotheken belastet sind. Ein weiteres Grundstück von 8800 Quadratmetern mit Gleisanschluß wurde in Bitterfeld gekauft. Hierauf sollen Produktionsbetriebe errichtet werden. Die Unkosten betr[illegible] 64 234 Mk. gleich 6,79 Prozent. Sterbegelder wurden bezahlt 700 Mk. Die Sparkasse hatte am 30. Juni einen Einlagebestand von 530 066 Mk. An dieser Einrichtung beteiligen sich bis jetzt knapp 25 Prozent der Genossen. Hier gilt es zu handeln. Die Bilanz weist folgende Posten nach: Betriebsbestände 137 556 Mk., Wertpapiere 27 384 Mark, Grundstücke 110 847 Mk., verfügbare Werte 585 790 Mk., eigene Betriebsmittel 145 291 Mk., aufgenommene Betriebsmittel 529 566 Mk., Grundschulden 87 000 Mk., Verbindlichkeiten 68 186 Mark, Erübrigung 81 588 Mk. Die Erübrigung wird in ihrer ganzen Höhe den Reserven zugeschrieben. Der Mitglieder-Rabatt beträgt 36 020 Mk., ist gleich 5 Prozent. Die Fischerndorfer Genossen beantragten, in Fischerndorf eine Verkaufsstelle zu errichten. Dem Antrage wird im Prinzip zugestimmt, erst sollen aber die noch laufenden Sachen erledigt werden. Die Erhöhung der Entschädigung des Aufsichtsrats für seine Mühewaltung auf 8 Mk. für Revision und Sitzung wurde beschlossen. Es wäre sehr wünschenswert, daß die Genossen mehr Interesse an den Tag legten. Ein jeder Genosse und jede Genossin sollten regen Anteil nehmen an den Arbeiten der Genossenschaft, denn nicht der Wareneinkauf allein, sondern auch die Propaganda dafür macht erst den Genossenschafter. Auf, ans Werk, denn erst wenn alles erfaßt ist, können wir Produktionsbetriebe errichten.

Eckartsberga. Der Viehbestand im Kreise. Die Viehzählung zeigt einen Rückgang des Bestandes gegen die Zählung vom 2. Juni. Gestiegen ist erfreulicherweise der Schweinebestand und das Federvieh, während die Pferdeangahl zurückging. Es sind jetzt vorhanden: 4186 (4264) Pferde, 15 067 (15 239) Stück Rindvieh, 21 634 (21 497) Schafe, 19 968 (14 911) Schweine, 13 242 (14 075) Ziegen, 142 069 (126 231) Federvieh, 28 274 (16 756) Kaninchen. — Jetzt befinden sich im Kreise noch in 22 Morgen die Kartoffeln in der Erde!

Mühlberg. Betriebsstörungen der Zuckerfabrik Prottewitz sind infolge des großen Schneefalls eingetreten. Es ist unmöglich, daß so viel Zuckerrüben herangeschafft werden können, wie der Betrieb zur Fortführung benötigt. In großen Plänen stecken die Rüben noch in der Erde und sind durch eine Schneedecke verdeckt, so daß an ein Roden nicht zu denken ist. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Betrieb stillgelegt werden muß. Die Arbeiter verrichten bereits Notstandsarbeiten auf dem Felde, indem sie versuchen, die Rübenfelder vom Schnee freizumachen. Es ist dies eine mühsame Arbeit. Die Klagen über schlechtes Schuhwerk nehmen zu. Es ist durch Verhandlung mit der Betriebsleitung vereinbart, daß keine Entlassungen erfolgen sollen. Die 6-Stunden-Schicht sichert die Arbeiter vor Erwerbslosigkeit. Inzwischen ist Tauwetter eingetreten und macht dieser Feldarbeit noch größere Schwierigkeiten. Wann bei genügender Rübenzufuhr der Betrieb in normaler Weise wieder aufgenommen werden kann, läßt sich nicht sagen. Die Stillegung bedeutet eine große volkswirtschaftliche Schädigung, da der Betrieb der zweitgrößte der Provinz Sachsen ist. Aber wodurch kommt es, daß noch soviel Rüben unter Schnee im Acker stecken? Die Landarbeiter sind sich klar und sprechen es offen und auch zutreffend aus: „Weil wir Brotgetreide dreschen mußten wegen der Druschprämie! Konnten wir bestimmen, so hätten wir anders gehandelt und keine Profitwirtschaft getrieben. Die Druschprämie hat die Herrschaft eingesackt und die Rüben bleiben draußen stehen. Wir mußten so handeln, weil es um den Profit ging!"

Mühlberg. Die Stadtverordneten bewilligten einstimmig die vom Magistrat vorgeschlagenen Beschaffungsbeihilfen für alle städtischen Beamten. Die bürgerliche Fraktion ließ durch ihren Sprecher erklären, daß sie mit schwerem Herzen in Anbetracht der großen abermaligen Belastung für den Stadtsäckel dies tue. In Zukunft müsse aber überall Sparsamkeit geübt werden. Die U. S. P.-Fraktion beantragte, auch allen städtischen Arbeitern eine Beschaffungsbeihilfe zu gewähren, was ebenfalls beschlossen wurde. — Der Kleinkinderschule wurde ein Zuschuß von 613 Mk. bewilligt. Bei dieser Gelegenheit brachte die sozialdemokratische Fraktion zur Sprache, daß diese Anstalt überhaupt ganz in städtische Regie übernommen werden möge, da die Haupteinnahme doch die Gemeindekasse bringe. Dies wurde zugesagt und soll beim Etat berücksichtigt werden. — Die Aufhebung der unzeitgemäßen Kautionspflicht der städtischen Beamten wurde beschlossen. Es sollen Schritte wegen Versicherung bei Veruntreuungen unternommen werden. — Zu dem in nächster Zeit stattfindenden Kongreß der deutschen Bodenreformer in Berlin hat der Magistrat den Bürgermeister als Vertreter der hiesigen Siedlungsgenossenschaft bestimmt. In der Aussprache wurde beschlossen, daß er als Vertreter der Stadt und nicht als der der Siedlungsgenossenschaft teilnehmen soll. Die Stadtverordneten wählten darauf einstimmig den Vorsteher Genossen Beuschold als ihren Vertreter zu dieser Tagung. — Für die Rückwandererhilfe wurde ein Beitrag von 100 Mk. bewilligt. — Die Hoffmannsche Kanalisation in der Hainstraße wurde nach dem Vorschlage der Baukommission genehmigt. Einer Erhöhung der Entschädigung für den Stadtmusikdirektor wurde zugestimmt. Die weitere Aussprache über Unstimmigkeiten bei der Kartoffellieferung soll untersucht werden. Ein bürgerlicher Vertreter glaubte der Oeffentlichkeit „Enthüllungen" machen zu müssen, die aber einen bestimmten Zweck verfolgen dürften.

Torgau. In der letzten Kartellsitzung, die wiederum gut besucht war, gab Genosse Kroll Bericht von der am 19. Oktober in Halle stattgefundenen Konferenz. Die Delegierten waren mit dem Gehörten einverstanden und stimmten der Erhöhung der Beiträge für das Bezirkskartell von 8 auf 16 Pfennig einstimmig zu. Genosse Rühlemann berichtete anschließend über die am 26. Oktober stattgefundene Tagung der Gewerkschaftskartelle und der U. S. P.-Delegierten. Das Resultat der sich anschließenden Debatte war, daß man sich auch hier mit den in Halle gefaßten Beschlüssen einverstanden erklärte. Völlige Klarheit herrschte darin, daß endlich nun aus den Gewerkschaften das alte Uebel, die politische Neutralität, verbannt werden müsse. Wenn nicht anders, so müsse durch die Schaffung von großen Industrieorganisationen versucht werden, den Sozialismus vorwärts zu treiben. Recht schlecht schnitten hierbei eine gewisse Sorte von Gewerkschaftsführern ab. Sind es doch gerade diese, welche mit ihrer Politik während des Krieges und während der Revolution alles andere als Arbeiterinteressen wahrgenommen haben. Genosse Kroll meinte, es sei Sache der organisierten Arbeiterschaft, dafür Sorge zu tragen, daß alle Gewerkschaftsbeamten, die nicht mit der Zeit mitzugehen gewillt seien, beseitigt würden. Ein jeder, der klare Augen und gesunden Verstand hätte, müsse es merken, wie tief die Karre im Dreck verfahren sei. Nicht eine von den Gewerkschaftsführern im Verein mit dem Unternehmertum geschaffene Arbeitsgemeinschaft, die es den Kapitalisten nach wie vor ermögliche, ihre Taschen zu füllen, sei eine annehmbare Einrichtung für die Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft habe die Pflicht, mit zäher Ausdauer zu verlangen, daß das Rätesystem zur Einführung gelange und zwar beginnend mit einem brauchbaren Betriebsrätegesetz. — Dem Arbeiterstenotachygraphenverein wurden als Beihilfe zum Zwecke der Anschaffung von Geräten usw. 100 Mark bewilligt. Im weiteren wurde beschlossen, am 1. Weihnachtsfeiertage einen Theaterabend zu veranstalten, zu welchem die Vorarbeiten dem Vorstand übertragen wurden. Es fehlten unentschuldigt: 1 Delegierter der Zimmerer, beide der Barbiere, zwei der Landarbeiter und zwei der Steinarbeiter.

— Der Doppelmörder Kirchhöfer aus Melpitz, der am 31. August dieses Jahres seine Mutter und Schwester ermordete, hatte sich, wie wir bereits mitteilten, am Donnerstag vor den Geschworenen zu verantworten. Den Grund zu seiner scheußlichen Tat gab, wie so vielfach, der Mammon. Der Angeklagte leugnete nicht und beantwortete die Frage des Schwurgerichtsvorsitzenden, warum er so gehandelt habe, folgendermaßen: „Weil ich das Geld haben wollte, um in eine Wirtschaft einheiraten zu können." Der Mord kam mit voller Ueberlegung zur Ausführung. Zunächst schrieb er an seine Schwester einen Brief, in welchem er sie und die Mutter unter der Vorgabe, ihnen Lebensmittel zu bringen, auf den Weg nach Melpitz lockte. Beim Zusammentreffen mit ihnen schoß er dann beide kalten Herzens nieder. Und damit, wie der Angeklagte angab, sie nicht lange leiden sollten, gab er fünf Schüsse aus nächster Nähe ab. Nach begangener Tat ließ er die Toten am Wegerande liegen, ging nachhause und legte sich ins Bett. Die Geschworenen handelten dem Antrage des Staatsanwalts gemäß und bejahten die auf Mord lautenden Fragen, worauf der Angeklagte zweimal zum Tode sowie zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt wurde. Teilnahmslos hörte Kirchhöfer, der vor einiger Zeit einen beinahe [illegible] Fluchtversuch unternommen hatte, dem Urteil zu.

Herzberg. Ein „Stein" zum demokratischen Neuaufbau des Staates. Der bisher kommissarisch eingesetzte Landrat für den Kreis Schweinitz, Regierungsrat Rabe v. Pappenheim, ist, wie wir bereits kurz mitteilten, von der Regierung zum Landrat des Kreises bestätigt worden. Diese Bestätigung ist bei der „Umsicht" unserer Staatsregierung, die die Gefahr von links erwartet, kein besonderes Ereignis. Schon lange waren die konservativen Grundbesitzer bemüht, ihren Schützling zur Bestätigung zu bringen. In der ersten Kreistagssitzung holte man schon ein Vertrauensvotum für ihn ein, aber das schien nicht gewirkt zu haben, denn die Bestätigung blieb aus. Man mußte schon andere Mittel anwenden, um zum Ziele zu gelangen. Eine Deputation, zusammengesetzt aus konservativen und scheinsozialistischen Kreisvertretern wurde zusammengebaut, diese begab sich nach Berlin zur Staatsregierung und tat dort allerhöchst untertänigst, daß man doch den Rabe zum wirklichen Landrat zu machen. Und siehe da, der Erfolg blieb nicht aus. Jetzt haben sie ihn. Landrat Rabe v. Pappenheim, konservativ und monarchistisch bis auf die Knochen, stellte sich in der Revolutionszeit den Arbeiterräten sowie der sozialistischen Regierung mit ängstlichen Gefühlen restlos zur Verfügung. Als aber die Reaktion nach einiger Zeit sich aus ihrem Versteck herausgewagt hatte und frecher als sonst ihr Haupt erhob, war auch er einer von denen, welcher eine Errungenschaft nach der andern abwürgte. Und als er durch besondere Verhältnisse wieder einen konservativen Kreistag und dadurch wieder seine alten konservativen Berater in den Kreisausschuß bekam, da war von einer Beseitigung der Herrschaft der Junkerkaste in der Verwaltung nichts mehr zu merken. Der alte konservative Geist herrscht nach wie vor und das Untertanensystem greift wieder Platz. Schon im März glaubte der jetzt bestätigte Landrat gegen den Strom schwimmen zu können. Als damals die Wahlen zu den Gemeindevertretungen von der Regierung angesetzt waren, ging ihm das gegen den Strich. Er gab den Ortsvorstehern des Kreises durch ein Rundschreiben bekannt, daß er, resp. der Kreisausschuß gegen die Vornahme der Wahlen protestiert habe. Und die Gemeindevertreterwahlen fanden auf den Dörfern nicht statt, sondern wurden erst, nachdem man den Herrn etwas zurechtgerückt haben mag, später vorgenommen. Dagegen ist er ein eifriger Förderer der Einwohnerwehren und ihrer Bewaffnung. (Vielleicht hat er sich dadurch bei der Regierung beliebt gemacht.) Für die allgemeine Versorgung tritt er so ein, daß ja den Erzeugern nicht viel passiert, wenn diese den Verordnungen zuwiderhandeln. Nach einer Verfügung der Provinzialfleischstelle müssen alle Fälle von Verheimlichung von Vieh der Staatsanwaltschaft angezeigt werden. Aber schon als kom. Landrat glaubte er, so viel Macht zu besitzen, daß er den Amtsvorstehern und Polizeibehörden ganz einfach durch eine Rundverfügung mitteilte, sie sollten diese Vergehen nicht der Staatsanwaltschaft anzeigen. Der Amtsvorsteher (selber Gutsbesitzer) erhält die Ermächtigung, sich erst mal die Personen anzusehen und dann nach eigenem Ermessen die Strafe festzusetzen. Hätte ein Unabhängiger derartige Verfügungen von einem gleichen Posten aus erlassen, so hätte man eine strafbare Handlung darin erblickt, indem man gesagt hätte: „Du hast dein Amt dazu mißbraucht, um andere zu einer strafbaren Handlung anzuhalten." Aber ein konservativer Landrat sagt: „Lediglich um eine übermäßige Belastung des Staatsanwalts mit derartigen Anzeigen zu vermeiden, sollen die Beschuldigten befragt werden, ob sie die Bezahlung einer mäßigen Geldstrafe an die Armenkasse der bestimmt höheren Strafe bei Weitergabe der Anzeige an den Staatsanwalt vorziehen." Also Vorteile den konservativen Grundbesitzern und Nachteile der Allgemeinheit in der Ernährung. Die werktätige Bevölkerung hat nach wie vor von dem neuen, wirklichen Landrat weiter nichts zu erwarten, als eine Bekämpfung in ihrem revolutionären Vorwärtsschreiten, weshalb das Vertrauen zur Regierung, wie überhaupt zum ganzen gegenwärtigen System, immer schwächer wird. Deshalb, nur immer so weiter!

Aus den Gerichtssälen.

Reichsgericht.

Diebereien auf der Eisenbahn. Wegen Diebstahls und Gewahrsamsbruches ist vom Landgericht Halle am 1. Juli die frühere Hilfsschaffnerin Hedwig H. zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 7. September begleitete sie mit dem bereits früher verurteilten Schaffner M. einen von Magdeburg nach Halle fahrenden Zug. M. erbrach eine Kiste und beide gemeinschaftlich einen Reisekoffer und sie entnahmen daraus Nahrungsmittel. Auf die Revision der Angeklagten H. hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil der strafbare Tatbestand gegen die Angeklagte nicht ausreichend festgestellt ist.

Briefkasten.

Ammendorf K. J. Die Reichswochenhilfe trat am 1. Oktober in Kraft. In Ihrem Falle ist die Krankenkasse nicht verpflichtet Entbindungsgeld zu zahlen. Sie haben nur Anspruch auf Wochen- und Stillgeld. Auch die Hebamme müssen Sie selbst bezahlen.

Weißenborn. Eine Beihilfe wird von der Amtlichen Fürsorgestelle für solche Kriegsbeschädigte gewährt, die sich in Not befinden, aber nur auf Antrag. Die Kosten für einen Berufswechsel werden auch von der Fürsorgestelle bestritten.

Der Kilian-Prozeß

Zwölfter Verhandlungstag.

Die Zeugenvernehmung wird fortgesetzt.

Schlosser Herm. Friedrich gibt an, daß ein Mann an ihn im Januar herangetreten sei und ihn gefragt habe, ob er eine Waffe haben wolle. Er sei der Meinung gewesen, daß es sich um Bildung einer Roten Garde handle. Ob auch andere gefragt wurden, weiß er nicht.

Paul Hennig: Das Flugblatt „Ordnung oder Gewalt" habe ich verfaßt. Es ist möglich, daß Kilian etwas daran geändert hat. Daß das Volksblatt das offizielle Organ des A.- und S.-Rates war, ist mir nicht bekannt, doch ist es selbstverständlich, daß wir die Haltung des A.- und S.-Rates verteidigten. Hennig bleibt unvereidigt, da er der Teilnahme an der Aufreizung zum Klassenhaß, die Kilian zur Last gelegt wird, verdächtig ist.

Karl Kürbs weiß nichts von einer geplanten Festsetzung von Geißeln und von einer beabsichtigten Entlassung des Oberbürgermeisters. Er bestätigt auf Frage Kilians, daß die Verhandlungen wegen des Ultimatums mit dem Magistrat vom A.-Rat sehr loyal geführt worden seien.

Adolf Dietz hat die Autofahrt mit Ferchlandt nach Berlin in den Marstall gemacht, weiß aber trotz aller eingehenden Fragen des Staatsanwaltes nichts Positives über die „Tätigkeit" Ferchlandts in Berlin anzugeben. Hartung sei eines Tages in den Wettiner Hof gekommen und habe unter geheimnisvollen Gebärden mitgeteilt, daß er Fremde aus Leipzig mitgebracht habe. In der Charlottenschule hätte dann die Verhandlung mit Schleifstein, Georg Schildbach, Ferchlandt, Hartung und einigen Mitgliedern des S.-Rates stattgefunden. Schleifstein habe die Verhandlung geleitet und folgende Fragen an Ferchlandt und die Anderen gerichtet: Was ist die treibende Kraft und wieviel seid Ihr in Halle? Dietz hatte den Eindruck, als ob Hartung damals die Verhandlung wegen Geldmangel inszeniert hatte, denn er hatte Schleifstein aus Leipzig hergeholt und im Laufe der Verhandlung wendete sich Ferchlandt öfters gegen Hartung. Er sei sich aber nicht ganz klar über den Zweck der Verhandlung geworden. — Hartung behauptet, er habe im Auftrage Ferchlandts Verbindung mit verschiedenen Städten anknüpfen müssen, und habe Schleifstein und Schildbach, der wahrscheinlich in Wirklichkeit Eichhorn war, nach Halle zu den Verhandlungen gebracht.

Dann entspinnt sich eine lange Debatte zwischen Hartung und Dietz. Während Hartung behauptet, Dietz habe für Schleifstein und Schildbach gefälschte Fahrscheine in den Dresdener Hof gebracht, weist Dietz nach, daß er im Dresdener Hof nur ganz kurze Zeit sich aufhielt und gar nicht am Tisch der „Russen" war. Als Dietz Hartung entgegenhielt, seine Behauptung wäre eine glatte Lüge, erhielt er vom Vorsitzenden dafür eine Zurechtweisung.

Vert. Herzfeld zu Hartung: Ist es richtig, daß Sie und Ferchlandt sich in jener Verhandlung in die Haare kamen und daß Ferchlandt sehr erstaunt war über die Fragen von Schleifstein. Hartung: Ferchlandt hat immer den Erstaunten gespielt. (Gelächter im Zuschauerraum.) — Vert. Herzfeld: Antworten Sie doch auf meine Frage! — Hartung (zögernd): Das gebe ich zu, doch habe ich mich nicht mit Ferchlandt gezankt.

Durch einige Zwischenfragen sucht der Staatsanwalt Hartung rasch zu Hilfe zu kommen. — Vert. Herzfeld stellt fest, daß die Aussage Hartungs mit der des bereits vernommenen Henne nicht übereinstimmt. — Vert. Herzfeld zu Hartung: Weshalb haben Sie sich an den Putschplänen beteiligt? — Hartung: Weil ich Kommunist war. — Vert. Herzfeld: Sie haben sich also aus Ueberzeugung daran beteiligt? — Vors.: Diese allgemeinen Fragen wollen wir doch später erledigen.

Willi Beetz hat Schleifstein mit Hartung zusammen aus Leipzig geholt. Hartung hat in Leipzig angegeben, in Halle wäre eine Aktion möglich, da u. a. auch 800 Maschinengewehre zur Verfügung ständen, auch könne man sich auf das Sicherheitsregiment verlassen. — Um dem Zeugen Beetz eins auszuwischen, erklärt Hartung, Beetz habe ihn im Januar einmal verhaften lassen und in den Roten Turm gebracht. — Beetz: Ich war damals im Roten Turm auf Wache, da kam ein Mädchen aus dem Schlamm und rief uns zu Hilfe. Wir gingen hin und fanden Hartung vor, der die Mädchen bedroht haben soll, indem er ihnen Handgranaten zwischen die Beine werfen wollte. — Hartung weiß darauf nichts Rechtes zu sagen, berichtet aber um so ausführlicher über seine „saubere" Tätigkeit in Leipzig. — Beetz: Ferchlandt war in der Charlottenschule gegen einen Putsch. Als Hartung von den Matrosen verhaftet wurde, war ich zugegen und wenn er geschlagen wurde, so ist das darauf zurückzuführen, daß er seine politische Ueberzeugung wie ein Hemd wechselte und weil wegen seiner Spitzeltätigkeit unter den Matrosen eine große Erbitterung herrschte.

Ein Mordanschlag?

Heinrich Gierold: Ein gewisser Kurt Hötzel forderte mich am Freitag vor dem Generalstreik auf, ihm einen Chauffeur nach Berlin zu besorgen.

Er zeigte mir eine Photographie Kilians und noch einiger anderer. Kilian und einige A.-Rats-Mitglieder sollten in dem Auto nach Berlin gebracht, unterwegs aber ermordet werden.

Ich ging scheinbar darauf ein und gab an, ich wollte selbst fahren. Darauf sagte mir Hötzel, ich müßte mich in der Artillerie-Kaserne an Lt. Schmidt wenden. Er fügte noch hinzu, was in dem Wagen passiere, ginge mir aber nichts an. Deswegen ist auch Lt. Schmidt am 1. März von der Menge überfallen worden, denn Hötzel hatte ihn verraten. Es ist mir auch Geld zugesagt worden, wenn ich nach Berlin fahren würde. Am 1. März kurz vor 12 Uhr stellten die Matrosen den Hötzel zur Rede und erfuhren, daß Lt. Schmidt aufs Stadthaus kommen würde. Bei der Mißhandlung Schmidts waren viele Artilleristen beteiligt.

Lt. Schmidt weist entrüstet zurück, daß er davon etwas gewußt habe; den Artilleristen Hötzel habe er garnicht gekannt.

Bruno Böttge: Am 1. März habe ich vom Balkon des Rathauses aus eine Rede gehalten. Während ich sprach, war Kilian nicht auf dem Balkon. Ich habe meiner Auffassung nach beruhigend gesprochen. Dem Lt. Schmidt habe ich entgegengehalten, als unten auf dem Markt die Landesjäger überfallen wurden, was dort unten vorgeht, dafür sind Sie verantwortlich! Nachdem Schmidt von der Menge mißhandelt war, haben ihn Herwig und ich auf Umwegen in die Merseburgerstraße in das Gambrinus-Restaurant gebracht. Zur Artillerie-Kaserne konnten wir ihn nicht bringen, da Herwig und ich dort überfallen worden wären. Nach Einbruch der Dunkelheit sollte Schmidt allein in die Artillerie-Kaserne gehen. Von einem Gespräch im Restaurant des Gambrinus, Lt. Schmidt solle vor ein Revolutionstribunal geführt werden, weiß ich nichts.

Franz Herwig berichtet über die Vorgänge am 1. März, wo Böttge vom Rathaus-Balkon beruhigend auf die Menge gesprochen hat, über die Mißhandlung Schmidts und dessen Transport nach dem Gambrinus-Restaurant. Schmidt habe öfters bei Einbruch der Dunkelheit verlangt, wegzugehen, aber er habe ihn überzeugt, daß es besser sei, wenn er noch etwas bliebe. —

Lt. Schmidt: Ich glaube, daß die Leute mit dem Gedanken gespielt haben, mich um die Ecke zu bringen. — Herwig: Das ist ausgeschlossen. Auch bestreitet Herwig eine Aeußerung, die ihm Schmidt vorwirft: Vielleicht können wir Sie noch brauchen, wenn die Landesjäger mit Kilian etwas machen! — Schmidt: Die Aeußerung ist nicht im Zusammenhang damit gefallen, als ich um meine Freilassung bat. (Gelächter im Zuschauerraum.)

Der 19jährige Paul Lange: Ich habe anfangs geglaubt, Kilian habe vom Balkon gesprochen, es kann aber sein, daß es Böttge war; ich habe mich eben getäuscht. Wenn ich in meiner „Denkschrift" geschrieben habe, Kilian sei an der Spitze der Arbeiter-Vertreter auf dem Balkon gewesen, so ist das nicht so. Ich war damals in Untersuchungshaft wegen Landfriedensbruch und hatte als Angeklagter das Recht, das zu sagen, was mich entlastete. Bei der Mißhandlung Schmidts stand ich in allernächster Nähe, denn ich war selbst mit ins Rathaus eingedrungen.

Durch verschiedene Fragen der Verteidiger Herzfeld und Müller wird Lange in die Enge getrieben und verwickelt sich oftmals in Widersprüche. Er beruft sich dann immer auf das Recht des Angeklagten, für den eben Lügen etwas Selbstverständliches sind. — Vert. Müller: Sie haben auch einmal in Ihrer Untersuchungshaft den wilden Mann gespielt. Halten Sie das auch für das Recht des Angeklagten? — Lange weicht der Frage aus.

Auf Antrag Kilians wird der Untersuchungsrichter Strauch vernommen, der früher einmal bei einer Gegenüberstellung Langes und Kilians geäußert haben soll, daß er auf die Aussagen Langes keinen Wert lege. Strauch gibt an, daß man von dem Platze aus, wo Lange stand, als er Kilian auf dem Balkon gesehen haben will, angibt gestanden zu haben, den Balkon des Stadthauses überhaupt nicht sehen kann. — Lange behauptet nun auf einmal, er habe wo anders gestanden, aber habe bestimmt Kilian auf dem Balkon gesehen. Dabei kommt er wieder auf seine bereits schon erwähnte „Denkschrift", die er in Untersuchungshaft verfaßt hat, zurück. — Kilian ruft ihm entgegen: Zusammengeschwindelt! — Vors.: Angeklagter, ich verbiete mir derartige Zwischenrufe, sonst muß ich Sie in Ordnungsstrafe nehmen lassen, oder ich lasse Sie abführen. Sie sind vor Gericht und nicht in einer Volksversammlung.

Vert. Herzfeld zu Lange: Heute behaupten Sie, Sie hätten an einem anderen Punkt gestanden. — Lange: Das muß ich ja! (Gelächter im Zuschauerraum). — Der Staatsanwalt überschüttet Lange noch mit einer Reihe von Fragen, vermag aber dadurch den Eindruck, daß Langes Angaben sich vielfach widersprechen, nicht verwischen.

Julius Hildebrandt: Ich war auf dem Balkon, als Böttge redete. Ich sollte erst selbst eine beruhigende Ansprache halten. Ich habe es aber abgelehnt, da meiner Meinung nach nichts mehr zu beruhigen war. Ich erinnere mich nicht, Kilian auf dem Balkon gesehen zu haben; aber wenn er gesprochen hätte, hätte ich ihn auf jeden Fall sehen müssen. Ein Zeuge hat während der Verhandlung ausgesagt, ich wäre für die Arbeiterbewaffnung gewesen, so berichtet wenigstens eine bürgerliche Zeitung. Nachdem ich diesen Bericht mit dem des Volksblattes verglich, konnte ich feststellen, daß die Berichterstattung der bürgerlichen Zeitung lügenhaft war. Als Weider nochmals den ganzen Vorgang auf dem Gewerkschaftshaus, wo Hildebrandt ausdrücklich gesagt hat, daß er ohne Zustimmung der Funktionäre in bezug auf Arbeiterbewaffnung nichts unternehmen könne, ausführlich geschildert hatte, erklärt Hildebrandt: wenn ich gesagt habe, ich müßte erst die Vertrauensleute zusammenberufen, so war dies eine glatte Ablehnung. Auch Weider gibt zu, daß er den Eindruck gehabt habe, Hildebrandt habe sich ablehnend zur ganzen Sache verhalten. — Hildebrand schildert anschließend seine Verhandlung mit dem Bürgermeister Seydel, den er gebeten habe, eine Erklärung vom Balkon des Stadthauses an die Menge, aus Anlaß des Ultimatums, das der A.-Rat an den Magistrat gestellt hatte, zu richten.

Staatsanw.: Hat die U. S. P. etwas mit der Arbeiterbewaffnung zu tun? — Hildebrandt: Ich erkläre, daß die Leitung der U. S. P. mit der Arbeiterbewaffnung nichts zu tun gehabt hat. Vom Ammendorfer Waffentransport habe ich erst aus der Zeitung erfahren. — Dann stehen die Aufnahmebedingungen in das Sicherheitsregiment lange im Mittelpunkt der Verhandlung. Hildebrandt erklärt: Die Aufnahmebedingungen in das Sicherheitsregiment hingen nicht von der Zugehörigkeit zur U. S. P. ab, denn im Dezember und Januar seien noch eine Masse Sicherheitssoldaten in die U. S. P. neu eingetreten.

Kurt Frenkel: Böttge sprach vom Balkon, ob hetzerisch weiß ich nicht. Hinter ihm stand Kilian. Vom Balkon herab wurde gerufen: Lt. Schmidt ist oben! Dann stürzte die Menge hinauf. — Auf Antrag Herzfelds wird die Vereidigung Frenkels verschoben, bis noch die anderen Zeugen über diesen Punkt gehört sind.

August Chemnitz war ebenfalls auf dem Balkon, als Böttge sprach. Er erklärt: Kilian war nicht da, das weiß ich bestimmt! Ich habe ihn nicht gesehen. Ich stand direkt an der Tür des Balkons. Ob Kilian auch Einfluß auf den S.-Rat hatte, weiß ich nicht. Kilian stand im allgemeinen im guten Verhältnis zu dem Oberbürgermeister. Jedenfalls wich er einem Konflikt mit dem Oberbürgermeister aus. Ob er hintenherum durch andere Personen seinen Einfluß geltend machte, weiß ich nicht. Als die Matrosen aus Anlaß der Verhaftung Ferchlandts den Oberbürgermeister als Geißel festnehmen wollten, war Kilian jedenfalls dagegen. — Staatsanw. (mit höhnischer Stimme): Ja, Ihnen gegenüber! — Kilian war auch Gegner der Arbeiterbewaffnung. Daß Kilian irgend eine Gesellschaftsklasse gegen die andere aufgehetzt hat, habe ich nicht gehört.

Vert. Herzfeld: Sie haben also vor sich Böttge gesehen. Nun hat der Zeuge bekundet, Kilian stand hinter Böttge; dann hätten Sie doch eigentlich Kilian sehen müssen? — Chemnitz: Wenn Kilian hinter oder neben Böttge gestanden hätte, hätte ich ihn sehen müssen. — Hildebrandt: Ich habe die ganze Zeit, solange Böttge sprach, neben ihm gestanden, da hätte ich auch Kilian sehen müssen. — Lange: Kilian hat hinter Böttge gestanden. — Chemnitz: Da hätte ich aber Kilian sehen müssen.

Dann gibt Chemnitz noch an, daß auf sein Betreiben damals, als der Ueberfall auf die Kriegsinvaliden erfolgte, Kilian mit der Klingel auf dem Markt gestürzt sei, um die Menge auf die Seite zu ziehen, damit für die Demonstranten Platz würde. — Der Staatsanwalt überschüttet wie immer den Zeugen mit einer Reihe von nebensächlichen Fragen, so daß die Verhandlung erst um ½4 Uhr endete.

Zum Schluß der Verhandlung gab Vert. Herzfeld bekannt, daß die Verteidigung den früheren Volksbeauftragten Dittmann für Mittwoch als Zeugen geladen habe, damit dieser über die damaligen Befugnisse der A.-Räte Zeugnis abgeben könne. Mit sauersüßer Miene nimmt der Staatsanwalt diese Mitteilung auf.

•

Dreizehnter Verhandlungstag.

Die Zeugenvernehmung geht weiter.

Lange wird über die Entstehung des Generalstreiks verhandelt. Zu gern hätte der Vorsitzende vom Zeugen Mangelsdorf gehört, daß der Streik von einer gewissen Clique „gemacht" und die Stimmung dazu von außen her in die Arbeiterschaft hineingetragen worden sei. Aber Mangelsdorf erklärt, daß der Generalstreik aus der Arbeiterschaft heraus gekommen ist; er hält es für unmöglich, daß der Streik inszeniert war. Kilian habe immer zur Ruhe und Ordnung gesprochen. Bei seinem politischen Einfluß, den Kilian hier hatte, wäre es ihm ein leichtes gewesen, die Polizei außer Funktion zu setzen und eine „Rote Garde" zu schaffen. Aber er war gegen Absetzung der Polizei, gegen jeden Terror. — Der Staatsanwalt macht bei all diesen Erklärungen ein langes Gesicht und vergißt, wie er es bei Hartung immer tut, eifrig mitzuschreiben und zu fragen. — Wer hinter der Bewaffnung der Arbeiter stak? — Ja, auch darüber kann Mangelsdorf dem Staatsanwalt nicht die erwünschte Auskunft geben. Er habe zwar bewaffnete Arbeiter getroffen, diese hätten ihm erklärt, sie hätten sich die Waffen selbst geholt. Ja, einzelne Arbeiter hätten dem Streikaktionsausschuß sogar Vorwürfe gemacht, daß er die Arbeiter nicht bewaffnet habe. Kilian selbst sei gegen jeden gewaltsamen Widerstand gegen die Regierungstruppen gewesen. Triumphierend wird Mangelsdorf vom Gerichtstisch entgegengehalten: „Aber die nach Berlin fahrenden Truppen wurden doch am Bahnhof entwaffnet?" Ob das denn auch Truppen zur Bekämpfung der Revolution waren? Ebert-Scheidemann hätten doch diese Truppen nach Berlin geholt? — Mangelsdorf: Es bestand doch die Gefahr, daß diese Truppen gegen die Errungenschaften der Revolution vorgingen, da sie doch völlig in der Hand von reaktionären, monarchistischen Offizieren waren.

Berta Kohl hat Kilian am 4. Februar vom Balkon des Stadthauses herabsprechen hören, daß die Arbeiterschaft sich nicht durch etwaiges Einrücken der Regierungstruppen provozieren lassen solle; denn es wäre schade um jeden Arbeiter, der dabei umkomme. — Dann sollte Frau Kohl entlassen werden. Aber sie tritt energisch vor: sie hätte noch gegen Hartung manches zu sagen. Dann schildert sie eingehend die hetzerischen Reden Hartungs, der die Absetzung Kilians in einer Rede im Volkspark gefordert habe, da die U. S. P. nur immer zur Ruhe predige, während man Taten unternehmen müsse. Hartung hat dann ausschließlich solche „Taten" ausgeführt, indem er die Saale-Zeitung und die Hallesche Zeitung besetzen ließ. Dabei hat Hartung das Türschloß der Halleschen Zeitung mit dem Gewehrkolben weggeschlagen. Der Gerichtshof ist ganz bestürzt von den Aussagen der Frau Kohl. — Der Staatsanwalt springt mit seinem Fragenguß dazwischen, um die Zeugin zu verwirren.

Vors.: Frau Kohl, ist etwa Ihr Mann wegen Beteiligung an Plünderungen bestraft? — Die Frau läßt sich auch durch diese Frage nicht einschüchtern. Nun, ihr Mann habe nichts damit zu tun gehabt. — Vors.: Wie kommt es, daß Sie bei all den Versammlungen waren? — Frau Kohl: Ich hatte eben Zeit. — Bravo! So muß dem Gericht, das Zeugen wie Klauß und Hartung noch in Schutz nimmt, geantwortet werden. — Hartung wird aus dem Gefängnis heraufgerufen, um der Zeugin gegenübergestellt zu werden. Den Aussagen der Frau Kohl tritt er in langen Reden frech entgegen. Aber auch von Hartung läßt sich Frau Kohl nicht einschüchtern. Hartung sucht die Schuld an der Besetzung der Halleschen Zeitung auf Schönlank und andere Kommunisten zu schieben. Der Staatsanwalt schweigt zurückgelehnt. Hartung darf reden. Ihn unterbricht er nicht. Um das Gericht abzulenken, behauptet Hartung, Ferchlandt habe die Besetzung der Halleschen Zeitung ausdrücklich gebilligt. Das Gericht ist geduldig; der Spitzel Hartung, den Frau Kohl aufs schwerste angeklagt hat, steht da und redet wieder gegen Ferchlandt, und man hört ihm ruhig zu.

Auf Fragen des Vert. Müllers verwickelt sich Hartung wieder in Widersprüche. Erst behauptet er, er sei erst später in der Hallischen Zeitung gewesen. Frau Kohl beweist, daß sie ihn dort die Hauptrolle hat spielen sehen. Er muß schließlich auch zugeben, daß er ein Gewehr gehabt hat. Müller treibt Hartung erneut in die Enge. — Staatsanwalt: Hartung braucht auf solche Fragen, durch die er sich selbst belastet, nicht zu antworten. — Hartung reckt sich erneut heraus, er sei zufällig an der Halleschen Zeitung vorbeigekommen.

Er versteht es immer ausgezeichnet, sich herauszureden und der Staatsanwalt springt ihm dabei immer helfend zur Seite.

Die Verhandlung geht weiter.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 25. November 1919.

Parteinachrichten der U. S. P. Halle-Saalkreis.

Sitzung der Parteifunktionäre.

Heute, Dienstag, den 25. November, abends 7½ Uhr, im Volkspark Gemeinsame Sitzung mit dem Vorstand und der Preßkommission.

Sämtliche Distriktsführer, auch die der ländlichen Distrikte, müssen erscheinen. Die Vorstands- und Preßkommissionsmitglieder werden ersucht, sich bereits um 6 Uhr im Volkspark einzufinden.

•

Parteiversammlung.

Am Donnerstag findet eine große Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Volkspark statt, wo Genosse Georg Engelbert Graf über das aktuelle Thema: „Die Stellung der U. S. P. zur proletarischen Jugendbewegung" sprechen wird.

Der Vorstand.

Aus dem Stadtparlament.

Ein neuer Abschnitt im kommunalen Leben Halles. — Der Mittellandkanal. — Die Wirtschaftsbeihilfe.

In der Einführungsrede, die Oberbürgermeister Dr. Rive gestern an die neuen Stadträte hielt, wurde zum Ausdruck gebracht, daß diese Magistratswahl nur mit der ersten im Jahre 1882 an Bedeutung zu vergleichen sei. Wir meinen, daß der Einzug der neuen unbesoldeten Stadträte eine noch nachhaltigere Bedeutung haben wird, weil dadurch erst der Einfluß der ganzen Bevölkerung auf die Zusammensetzung der obersten Stadtbehörde endlich einmal, wenn auch durchaus noch nicht in dem Maße, wie wir es wünschten, zum Ausdruck kommt. Herr Rive hatte übrigens gestern einen guten Tag. Seine kurze Rede machte sichtlichen Eindruck, denn er fand manches anerkennenswerte Wort über den Geist der Selbstverwaltung und die Bedeutung des Gemeinsinns. Wir glauben, gerade weil wir die gestrigen Worte des Oberbürgermeisters vollinhaltlich unterschreiben, daß der Gemeinsinn niemals eine glänzendere Entwicklung nehmen wird, als unter der Herrschaft des sozialistischen Systems. Mögen unsere Genossen, die gestern in den Magistrat der Stadt Halle einzogen, sich dessen bewußt sein und mögen sie ersprießliche Arbeit leisten zur Anbahnung des kommunalen Sozialismus! Außerdem aber sprechen wir auch bei diesem Anlaß unsere Hoffnung aus, daß der Stadtrat Kilian ebenfalls bald seine Wirksamkeit im städtischen Interesse beginnen kann.

Zwei wichtige Vorlagen waren gestern noch zu besprechen. Ueber den Bau des Mittellandkanals und die Projekte, die sich daran schließen, haben wir bereits berichtet. In seltener Einmütigkeit trat die ganze Versammlung für das Südprojekt ein. Bedauerlich war es, daß das Referat des Stadtv. Ritter in der Form nicht gerade auf der Höhe stand. Wir hätten hier gerade einen glänzenden Redner gewünscht, der die ganzen großen Probleme des Kanals in ausgiebiger Weise erläutert hätte.

Bei der Abstimmung über die Beschaffungsbeihilfen für städtische Arbeiter und Beamte entblätterten sich wieder einmal die Herren Heine, Brettschneider und Bennemann! Diese „Angestelltenvertreter" wagten es, gegen den Antrag Osterburg zu stimmen, der auch den Arbeitern und den Hilfsangestellten eine wirkliche Beihilfe gab. Auch den Vermittlungsvorschlag Müller lehnten sie ab, so daß die Tribüne, die von Hilfsangestellten besetzt war, in laute Entrüstungsausrufe ausbrach. Wir aber werden nun wieder in den Beutel greifen müssen, um durch Steuern die Millionen der Beihilfe aufzubringen.

Den Schluß des Abends bildete eine geradezu endlose Debatte über die schon so oft besprochene private und städtische Liebestätigkeit.

* **Freie Sozialistische Jugend.** Heute, Dienstagabend, 8 Uhr im Volkspark, Vortrag über Redetechnik vom Jugendgenossen Rein. Alle Funktionäre haben zu erscheinen, da anschließend Besprechung stattfindet.

* **Allgemeine Gedächtnisfeier für die Opfer des Weltkrieges.** Im sinnvoll geschmückten Thaliasaale veranstaltete die Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten am Totensonntag eine Gedächtnisfeier zu Ehren der dem grausigen Völkermorden zum Opfer gefallenen Volksgenossen. Stimmungsvolle Musik leitete die Veranstaltung mit dem Händelschen Largo ein. Frl. Weber trug einen tiefgefühlten Vorspruch Den Gefallenen von H. Pilz, vor. Das Hallische Solo-Quartett sang Die Gedenkfeier von Abt und Wie sie so sanft ruhn und Fräulein v. Raunoorf mit Harmoniumbegleitung Gebet um Ruh von Hofmann und das Ave verum von Mozart. Die Gedenkrede hielt der 2. Vorsitzende der Ortsgruppe, Kamerad Fiedler. Stehend hörten die Teilnehmer das von der Musik gespielte Lied Ich hatt' einen Kameraden an. Der 2. Teil brachte das Adagio aus der Sonate Pathetique von Beethoven, im Arrangement für Bläser, zwei Baritonlieder, gesungen von Herrn Lau, 4 ernste Gedichte, vorgetragen von Käthe Weber, ein Duett von Mendelssohn-Bartholdy, eine Hymne von Gluck, zwei Quartettlieder und zum Schluß eine Partie aus dem Parsifal.

* **Kohlenmangel überall.** Der für die Lehrerkollegien der städtischen Mittel- und Volksschulen auf Mittwoch, den 26. November, nachmittags, anberaumte Vortrag des Herrn Universitätsprofessors Geheimen Medizinalrats Dr. Ziehen über Begabungsprüfungen muß wegen Kohlenmangel und Beleuchtungsschwierigkeiten vorläufig ausfallen.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kasparek; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte Werner Scholem; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H.; sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191125-12/fragment/page=0007

in

Puppen u. Spielwaren

finden Sie reiche Auswahl

im 4885

Spielwarenhaus

Rud. Weibezahl

Obere Leipzigerstrasse 66.

Ich zahle!!

für

Lumpen	Kilo 20 Pf.		Maschinenguß	Kilo 20 Pf.	
Knochen	„ 20	„	Kupfer	Kilo 6,00	Mk.
Bücher u. Zeitungen	„ 16	„	Messing	„ 2,50	„
Alt-Papier	„ 8	„	Blei und Zink	„ 1,30	„
Eisen	„ 20	„	Rotguß	„ 4,50	„
Gußeisen	„ 20	„	Strumpfwolle	„ 6,00	„

Bei 50 Kilo erhöhen sich die Preise. 6454

Außerdem erhalten Klempner und verwandte Berufe für Metalle Extra-Preise.

Offerten wollen Sie einholen!

Alle Sorten Felle zu den bekannten hohen Preisen.

Nur Anna Theuring

Nur Gr. Wallstr. 42.

Tel. 4263. Kostenlose Abholungen. Tel. 4263.

Metallsammler erhalten Extra-Vergünstigungen.

I. Kaufhaus Wansleben a. See

Bezirk Halle (Saale)

Inhaber: Otto Seemann.

Fernsprecher 110 (Amt Teutschenthal). *3756

Abteilungen für Lebensmittel, Weine, Zigarren, Zigaretten u. Tabak, Galanteriewaren, Lederwaren, Haus- u. Wirtschaftsartikel, Herren- u. Damenwäsche, Kurz- und Weißwaren, Stoffe jeder Art, Hüte — Mützen, Schuhe und Pantoffeln, Schul-, Schreib- u. Malartikel, Geschenke jeder Gelegenheit, Eisenwaren, Uhren — Bijouterie, Haarschmuck, Spielwaren, Parfüm — Drogen — Arznei. Große Weihnachts-Ausstellung.

Kauft am Orte, spart Geld u. Zeit!

15% Rabatt

ab 1. Dezember auf sämtliche Artikel ausser Lebensmittel.

Ich bitte um Besichtigung meiner grossen Weihnachts-Ausstellung, die jetzt schon eröffnet ist.

Ich habe alle Geschenke, die jetzt schon gekauft werden, sorgfältig, gut verpackt und unentgeltlich bis zum Fest auf.

Um geneigten Zuspruch bittet

E. Zimmermann Nachf.

Achtung, Händler!

:: Ueberzeugung macht wahr! ::

Wer zahlt die höchsten Preise für

sämtliche Felle und Wildwaren?

Leo Feltscher, Taubenstrasse 3. Telephon 6176. 6470

---

*3502

Heilquellen des Bades Neu-Ragoczy.

Aerztlich empfohlen.

Ella-Quelle :: Carolus-Quelle Augustus-Quelle.

Die für die betreffenden Erkrankungen in Frage kommenden Brunnen sind an den Flaschenetiketten angegeben.

Anna-Brunnen, erstklassiges Tafelwasser von außerordentlich erfrischender Wirkung :: ::

Brunnen-Verwaltung Bad Neu-Ragoczy bei Halle.

Telephon: Amt Salzmünde Nr. 98 (und Halle Nr. 6725).

Niederlagen in Halle: G. Förste, Streiberstr. 15. Telephon Nr. 2611. Dom-Drogerie, Mansfelder Str. 1. Telephon 1387. Engel-Apotheke, Kleinschmieden 6. Vertreter für Dölau: Dankwert, Drogerie; für Wettin und Umgegend: Krüger, Schloßdrogerie.

Anfertigung jed. Art von Goldschmucksachen eig. od. gegeb. Entwürf. werd. nach vor d. Feste ausgef. R. Gok, Geiststraße 48. Vergolder u. Versilberer. 5966 Elektr. Betrieb.

Sort. feine Vollheringe Kl. Fässer! 3-Ztr.-Ton.: Waage! Preisl. E. Degener, Ostseefischerei Swinemünde 8d. *5757

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Sozialdemokratischer Verein für Halle-Saalkreis U. S. P. D.

Donnerstag, den 27. November, abends 7½ Uhr, im „Volkspark", Burgstraße 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Die Stellung der U. S. P. zur proletarischen Jugend.

Redner: Redakteur Engelbert Graf, Berlin.

Einer recht zahlreichen Beteiligung bei dieser wichtigen Tagesordnung sieht entgegen.

Der Vorstand.

Das Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. 6469

Karnikol, gegen Kaninchensterblichkeit, 6056

Jucksin, bestes Insektenpulver,

Heilmittel für alle Kleintiere, empfiehlt in bewährter Güte.

Elverge, e. G. m. b. H. Große Märkerstraße 5.

Alle Sorten

Felle, Häute, Tierhaare und Wolle 6391

kaufen zu Höchstpreisen

Gebr. Danglowitz, Fischerplan 2, Tel. 1178.

Freie Sozialistische Jugend Deutschlands

Donnerstag, 27. November, abends 7½ Uhr, im Gasthof zu Radewell:

Oeffentliche 6468

Jugendversammlung.

Der Jugendgenosse Oelßner-Halle spricht über das Thema:

Was will die Freie Sozialist. Jugend Deutschlands?

Die Jugendlichen von Ammendorf u. Umg. werden ersucht, für ein Massenbesuch zu sorgen. Die Einberufer.

U. S. P. **Holzweißig.** U. S. P.

Mittwoch, den 26. November, abends 8 Uhr, im Lokale des Hrn. Kittelmann, Preuß. Adler:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung wird dort bekanntgegeben.

Alle Parteigenossen und -Genossinnen sind hierzu eingeladen. *3762 Die Ortsverwaltung.

Mode-Zeitungen

empfiehlt die

Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Der Verkauf von Marmelade beginnt am Mittwoch, den 26. Novbr. Für jede Person eines Haushaltes wird ¼ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 1,30 Mk. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, die Marmelade bei denjenigen Veräußern einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 434 des Warenbezugsscheines 26.

Der Verkauf von Quark

erfolgt am Mittwoch, den 26. November, auf den Abschnitt 17 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Kunze, Körnerstr. 31 und den Milchhändlerinnen Brüggestrat, Unterberg 7 und Perwoll, Brandenburgerstr. 10. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 70 Pf. abgegeben.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule, am Mittwoch, den 26. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 28501—29000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 29001—29500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ⅛ Pfund zum Preise von 50 Pf. abgegeben, sofern der Verkauf in Spalte 7 des alten Lebensmittelscheines noch nicht eingetragen worden ist. Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven, kein Roßfleisch (Nachlieferung) in der Talamtschule am Mittwoch, den 25. November 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 1—20000, vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 20001—40000, nachmittags von 2—6 Uhr, sofern sie noch nicht mit Fleisch- und Wurstkonserven beliefert worden sind. Für jede Person eines Haushaltes kann eine Einpfund-Dose zum Preise von 6 Mk. abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Städtischer Verkauf von Puddingpulver

in der Talamtschule am Mittwoch, den 26. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—20000, vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 20001—40000, nachmittags von 2—6 Uhr, sofern sie bei dem letzten Verkauf von Puddingpulver noch nicht berücksichtigt worden sind. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Paket Puddingpulver zum Preise von 25 Pf. abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Graupen am Mittwoch, den 26. und am Donnerstag, den 27. Novbr., abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Bekanntmachung.

Der Landwirt Albert Thielemann in Büschdorf hat sich als Inhaber seines in Büschdorf befindlichen Müllereibetriebes in der Befolgung von Pflichten unzuverlässig erwiesen, die ihm durch die Reichsgetreideordnungen für die Ernte 1918 und 1919 und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen auferlegt werden.

Auf Grund der Bestimmungen der Reichsgetreideordnung (§ 71) ist der Müllereibetrieb des Thielemann, einschl. der Schrotmühle, geschlossen worden.

Diemitz, den 15. November 1919.

Der Amtsvorsteher.
Dr. Berthold.

*3763

Prima **Pfefferminz** bei größ. Abnahme bill.

M. Bartl, Bonbongeschäft, Gr. Steinstraße 34, Ecke Margaretenstr. 6463

Zigarren

von 75 Pf. an,

engl. Zigaretten von 30 Pf. an,

ägypt. u. türkische von 35 Pf. an,

gibt jeden Posten ab

Emil Strahl, Halle (S.), Unt. Leipziger Str. 19, gegenüber von C. F. Ritter. Tel. 2185. 6120

Bettnässen wird sofort beseitigt. Jedermann erhält kostenlose Ausk. nach Angabe v. Alter u. Geschlecht. *3640 Dr. med. Th. Eisenbach, München Schwanthalerstr. 43 / A. 30.

I. gebrannter **Kaffee** stets frisch bei 6462

M. Bartl, Bonbongeschäft, Gr. Steinstraße 34, Ecke Margaretenstr.

Auskunft umsonst bei **Schwerhörigkeit**, Ohrgeräusch, nv. Ohrschmerz über unsere tausendfach bewährt., patentamtlich geschützt Hörtrommeln. Bequem u. unsichtbar z. trag. *3064 Glänzende Anerkennungen. Santa Versand München 116

Bettstellen,

Patentmatratzen, Ausziehtische, Nußb.-Vertikos

in großer Auswahl

G. Schaible, 5667 Möbelfabrik, Gr. Märkerstr. 26, am Ratskeller.

Altkleiderstelle.

Kaufe zu höchst. Preisen Möbel, Wäsche, Garderobe, Schuhwerk, Musikinstrumente, Prismengläser, Uhren, Wertsachen, Pfandscheine.

F. Hennicke, Kl. Ulrichstr. 15. Tel. 4414. 4783

Nur wirklich erstklassigen **Kakao** empfiehlt 6464

M. Bartl, Bonbongeschäft, Gr. Steinstraße 34, Ecke Margaretenstr.

Praktische Weihnachts-Geschenke

finden Sie in unserem wegen Umstellung erfolgenden Ausverkauf in:

Markttasch., Einholebeuteln, Schulranzen, Akten-Schultaschen, Rucksäcken, Reisetaschen, Koffern, Kindertaschen usw.

in unserem Fabrikgebäude und in folgenden Geschäften:

R. Henning, Große Wallstraße 42,
H. Mederake Nachf., Burgstraße 65,
Max Oppermann, Bernburger Straße, Ecke Richard-Wagner-Straße,
H. Schliebe, Glauchaer Str., Ecke Langestr.,
M. Steindorff, Krukenbergstraße 3,
P. Wolf, Steinweg 20a. 5213

König & Haase, Gr. Ulrichstr. 12, I.

Marktverkäuf. billig. Bezugsquelle, auch Partieware.

Ansichts-Postkarten

empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Familien-Nachrichten.

Sonntag, den 23. November, entschlief nach langem Leiden

Herr Karl Rothe, Osendorf,

welcher viele Jahre in unserem Betriebe, erst als Lehrling und dann als Buchbinder, tätig war. Seine Tüchtigkeit und seine Pflichttreue sichern ihm ein dauerndes Gedenken. 6458

Jovishoff, Jakob Gumperz, Hermann Natus,

i. Fa. Hallesche Papierwaren-Fabrik Max Jovishoff.

Nach längerem, mit Geduld ertragenem Leiden entschlief am 23. November 1919 unser von allen geschätzter Mitarbeiter, der Buchbinder

Karl Rothe.

Wir verlieren in dem Genannten einen Kollegen, mit dem wir stets in gutem Einvernehmen lebten und bedauern seinen Heimgang aufs Tiefste. 6459

Das Personal der Halleschen Papierwaren-Fabrik Max Jovishoff.

Am Sonnabend, mittags 12¼ Uhr, entschlief nach kurzem, schwerem Leiden unsere innigstgeliebte Tochter

Martha

im Alter von 16 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an: 6252

Max Schleußner und Frau Anna nebst Geschwistern und Verwandten.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr auf dem Südfriedhofe statt.

Dank. 6475

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau und Mutter, unserer guten Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin u. Tante sagen wir für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und den reichen Blumenschmuck unseren herzlichsten Dank. Dank auch Herrn Pastor Kindervater für seine trostreichen Worte am Grabe, den Herren Chefs und Beamten, Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Cäsar & Loretz für die schöne Spende unseren innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Friedrich Lotze und Kind.

Ich hab' ein schönes Glück besessen,
Es ruht geliebt und unvergessen.

13

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191125-12/fragment/page=0008